

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg)

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.

Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.

Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom

Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befensbinderhof 57/66, 3. St.

Anzeigen:

Für die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} ,
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Vom Wert, Zweck und Nutzen unseres Zimmererverbandes.

IV.

Die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften.

Lieber Kamerad! Nachdem ich Dich nun über das Wesen der Gewerkschaft und deren obersten Zweck informiert habe, werde ich mir gestatten, Dich auf ein anderes Gebiet zu führen, das ebenfalls zu den wichtigen Aufgaben der Gewerkschaften gehört und unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf.

Gewiß hast Du schon von den Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterorganisationen gehört. In meinem zweiten Artikel deutete ich bereits an, daß der Wert der verkürzten Arbeitszeit auch darin liegt, daß er der Arbeiterklasse Gelegenheit gibt, sich ein besseres Wissen und eine höhere Bildung anzueignen. Und daß das nicht nur angenehm, sondern nützlich und für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse unbedingt notwendig ist, darüber will ich mich jetzt mit Dir in kurzen Worten unterhalten.

Du kennst unsere Volksschulen. Du warst einst selbst darin Schüler und weißt, welche unverhältnismäßig großes Gewicht in der Volksschule auf Religionslehre und die Pflege des sogenannten Patriotismus gelegt wird. Lehrte man die Geschichte der Religionen und betrachtete man dabei die christliche Religion als das, was sie in ihrem eigentlichen Wesen ursprünglich war, eine Sittenlehre, dann möchte es noch angehen. So aber ist im kapitalistischen Staate von der Ausübung der Lehre Christi nicht mehr viel zu verspüren. Was frühere Zeiten in dieser Hinsicht etwa noch versäumt haben, das hat heute der moderne Kapitalismus vollendet. Der Kapitalist handelt nicht als Christ. Er betrachtet und behandelt den Arbeiter nicht als Bruder, sondern als Ausbeutungsobjekt, er teilt mit ihm nicht sein Hab und Gut, sondern sucht ihn auszupressen gleich einer Zitrone und schwelgt selbst in den denkbaren teuersten Genüssen, die er sich durch die Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft verschafft. Und der kirchlich-religiöse Unterricht, der den Proletariatskindern heute in der Schule erteilt wird, hat in der Hauptsache nur den Zweck, unter Hinweis auf ein späteres seliges Leben nach dem Tode kapitalistenfromme, willige und billige Arbeiter für die spätere Zeit der kapitalistischen Ausbeutung zurechtzubekommen. Und für dieses „hehre“ Ziel werden viele kostbare Unterrichtsstunden in der Volksschule geopfert. . . .

Ähnlich liegt es mit der Pflege des sogenannten Patriotismus. Ah, wenn es die Entwicklungsgeschichte der Völker wäre aus grauer Vorzeit bis in die Neuzeit hinein! Wenn den Proletariatskindern der Völker Leid und Freud', ihre Taten und deren ökonomische Notwendigkeit gelehrt würde! Wenig und nichts von dem! Belanglose Schlachtenreden, die Genealogie der vielen Fürstenthümer, die Vorzüge der Könige und Herzöge werden geschildert und den Proletariatskindern der sogenannte Nationalstolz eingebläut, daß sie ganz besonders eitel auf die eigene Nation und von falschen Vorurteilen gegen andere Nationen erfüllt werden. Das hält der kapitalistische Staat zur Verfolgung seiner Eroberungspolitik, die nur dem Kapitalismus nützen kann, dem Proletariat jedoch schadet, für nötig. Der Nationalpatriotismus feiert vor allem zur Jetztzeit in den Volksschulen wahre Orgien und ist nur darauf berechnet, daß die Proletarier später, wenn es sein muß, auch schließlich ihr Leben für die kapitalistischen Interessen der herrschenden Klassen einsetzen.

Auf diese Weise werden viele kostbare Unterrichtsstunden nutzlos verpufft und das Proletariatskind lernt das, was es im späteren Leben zu seinem wirtschaftlichen Fortkommen notwendig gebraucht: Lesen, Schreiben, Rechnen, Zeichnen, Naturgeschichte, Naturlehre, Raumlehre, Völkerkunde, Geographie und dergleichen nur in äußerst notdürftiger Weise. Die heutige Volksschule ist eben nichts

weiter, als ein Instrument des Klassenstaates zur Befestigung der Herrschaft der Besitzenden. . . .

Die herrschenden Klassen haben einen Abscheu davor, das Volk in wahren Wissen zu unterrichten. Sie sagen sich, daß der Aufstieg zu Wissen und Bildung das Volk sehend macht, in die wirtschaftlichen Zusammenhänge einführt und zu der Erkenntnis bringt, daß der heutige Zustand, die heutigen Verhältnisse ein ungeheures Unrecht, ein Verbrechen an dem größten Teile der Volksgenossen bedeutet, und daß es notwendig ist, den heutigen ungerechten Gesellschaftszustand durch einen besseren, idealeren, der Menschheit würdigen, abzulösen und die Lohnknechtschaft, die den überwiegend größten Teil der Menschheit ins Sklavenjoch des Kapitalismus spannt, zu beseitigen. Deshalb sucht die besitzende Klasse noch heute nach dem Grundsatz des ehemaligen erreaktionären preussischen Ministers v. Kaumer zu verfahren: „Das Volk soll nicht weiter unterrichtet werden, als es zu seiner Arbeit paßt. . . .“

Du wirst erkennen, lieber Kamerad, daß es hier gilt, dem Wirken des Klassenstaates durch die organisierte Arbeiterklasse entgegenzuarbeiten. Diese strebt deshalb nach möglichst verkürzter Arbeitszeit, um auch den Arbeiter geistig auf eine höhere Stufe zu bringen und ihn so aus der Geistesknechtschaft zu befreien, was eine notwendige Vorbedingung für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei ist. Und nun höre, was unser Verband, was die moderne Arbeiterbewegung für die geistige Verbesserung des Proletariats tut.

In erster Linie übermittelt Dir unsere Zentralorganisation unser Verbandsorgan, den „Zimmerer“, allwöchentlich unentgeltlich. Dieses Blatt unterrichtet Dich über die Zustände in unserm Gewerbe, über unsere Lohnkämpfe, über unsere Erfolge. In leicht faßlicher Form führt es Dir immer wieder die Notwendigkeit unseres Verbandes vor Augen, und was nicht minder wichtig, es behandelt und erläutert die wirtschaftlichen und politischen Zustände unserer Zeit. Es berichtet über die Verhältnisse in unsern Zahlstellen und zeigt Dir, wie unsere Kameraden allerorts bemüht sind, unsere Organisation vorwärts zu bringen und damit sich und ihren Familien ein immer besseres Los zu bereiten.

Schon wenn Du unser Verbandsorgan allwöchentlich aufmerksam liest und das Gelesene in guter Weise durchdenkst, dann wird sich Dein Wissen heben und Du wirst unsere wirtschaftlichen Zustände immer mehr begreifen lernen. Die Folge kann nur sein, daß Du ein immer mehr überzeugter Anhänger unseres Verbandes und unserer Bestrebungen wirst. . . .

Und wenn Dein Wissensdurst erst rege geworden ist, dann wird Dir bald die alleinige Lektüre unseres Fachorgans nicht mehr genügen. Du wirst dann auch bald zur politischen Arbeiterpresse greifen und Dich weiter unterrichten. Diesen Entwicklungsgang haben schon viele Kameraden vor Dir durchgemacht. Und auch dabei wirst Du nicht stehen bleiben. Du wirst Dich an die geistigen Schätze unserer toten und lebenden berühmten Schriftsteller und Dichter heranmachen und sie zu lesen und zu verstehen versuchen. Volkswirtschaftliche Abhandlungen, die Entwicklungsgeschichte der Völker, unsere Klassiker, gute Romane moderner Schriftsteller wirst Du lesen wollen, und auch das, lieber Kamerad, bietet Dir unsere Organisation in vollem Maße und unentgeltlich! In vielen Orten verfügen unsere Zahlstellen oder die Gewerkschaftskartelle über gute Bibliotheken, die Dir diese geistigen Schätze gern und mit Freuden zum Studium überlassen.

Und nicht nur das geschriebene Wort, auch das gesprochene Wort, das unmittelbar und nachhaltiger wirkt, wird Dir durch unsere Organisation vermittelt. Du besuchst als Verbandsmitglied auch unsere Versammlungen. Hier halten tüchtige Redner unserer guten Sache Vorträge und referieren in anschaulicher Weise über Ursachen, Zwecke und Ziele unserer modernen Arbeiterbewegung oder sonstige wissenschaftliche Themat.

Auch diese Vorträge sind von großem Wert für die geistige Weiterbildung der Arbeiter.

Die Arbeiterorganisationen sind eben bemüht, in genauer Erkenntnis der Wichtigkeit der geistigen Erziehung des Proletariats in dieser Richtung alles zu tun, was nur irgendwie in ihren Kräften steht. So ist die moderne Arbeiterbewegung auch schon an einer Reihe von Orten dazu übergegangen, Unterrichtskurse für Arbeiter einzuführen. Es sind weiter Bildungsausschüsse entstanden, die die Arbeiterklasse in die Probleme der Wissenschaft, der bildenden und darstellenden Kunst einführen.

Alle diese Bemühungen sind nicht erfolglos geblieben. Die Arbeiterklasse ist nicht nur eine wirtschaftliche Macht, sie ist auch eine geistige Macht geworden. Und die besitzenden Klassen sehen mit stiller Wut diese Entwicklung, sie ahnen, daß hier ein Riese aus jahrtausendlangem Winterschlaf erwacht, seine starken Muskeln befüßt und die Wollenschleier von seinem Gehirn verscheucht, wie er sich nach und nach seiner Macht bewußt wird und sich nun anschiebt, aus eigener Kraft und mit eigenem Willen, der durch wahres Wissen geädelt wird, sich ein neues und besseres Geschick zu schmieden und das Proletariat zu befreien aus den unwürdigen Banden des Kapitalismus. . . .

Begreifst Du nun, lieber Kamerad, was uns unsere Arbeiterorganisationen sind? Sie sind das Mittel zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage, sie sind das Mittel zu unserer Befreiung aus geistiger Knechtschaft! Ohne sie ewige Knechtschaft, ewige Blindheit und ewiges Sklaventum! Mit ihnen und durch sie Wohlergehen und Freiheit! Das, lieber Kamerad, begreife. Und Du wirst und mußt es begreifen! Du mußt zu uns gehören und unsere Pfade wandeln! Es gibt keinen andern Ausweg aus der Knechtschaft, als das Streben und Kämpfen für Deine Befreiung, für die Befreiung der Arbeit! Unsere Organisationen sind der Machtausdruck des Proletariats! Nur sie verbürgen die Möglichkeit und den Erfolg unseres gerechten Kampfes!

Süben wie drüben.

Th. London, 14. Juli.

So hält die Riesenstadt mit ihren endlosen Wohnpennarmen mich wieder umfaßt. Jeder neue Besuch der ungeheuren Themsestadt verstärkt nur den Eindruck, den das erste Verweilen in diesem einzigartigen Gemeinwesen mit seinen nahezu acht Millionen Menschen hinterlassen hat. Wo so wahnwitzige Reichtümer aufgespeichert sind wie hier, da muß auch das Glend Formen und Dimensionen annehmen, die andernwärts nicht denkbar sind. Der gleichende Sonnenbrand erzeugt Schatten. Und ein Glend gibt es hier wie kaum andernwärts, ein Glend, das um so greller in die Erscheinung tritt, weil eben der Glanz beispiellosen Reichtums in seiner unmittelbaren Nachbarschaft aufleuchtet. Gewiß! In ganzen großen Stadtvierteln stößt man auf die spießbürgerliche Behäbigkeit einer deutschen Mittelstadt. Hier wohnt das Heer der mittleren kaufmännischen Angestellten und sonstigen zwar nicht wohlhabenden, aber auch nicht hungernden Existenzen. Die Häuser sind mit freundlichen Farben getüncht; vor jedem Hause befindet sich ein Gärtchen von vielleicht zwei Meter Tiefe, und an den Fenstern sieht man Blumenstöcke oder andere Zeichen, daß die Bewohner vor den äußersten Schrecken der Armut bewahrt sind. Droben im Nordwesten Londons, unweit der Untergrundbahnstation Golders Green, breitet sich die Gartenstadt Hamstead aus, auf die sich die bürgerlichen Kreise soviel einbilden, als stelle sie den Stein der Weisen dar und als gebe sie das Rezept an, nach welchem alles soziale Glend beseitigt werden könnte. In Wirklichkeit bringt auch dieses Unternehmen, so ehrlich es auch gemeint sein mag, nur denjenigen gewisse Erleichterungen, Bequemlichkeiten und Wohnungssicherheiten, die ohnehin

Schon in einer sozialen Sphäre atmen können, welche nicht links und rechts vom grauen, verzweifeln den Elend eingerahmt wird.

Auch Hospitäler, Spitäler, Asyl, Bezirksarmenhäuser und sonstige Anstalten zur „Hebung der sozialen Wohlfahrt“ gibt es in London die schwere Menge. Es sind gewaltige Summen, die von der Kommune, durch Legate, von Privatpersonen oder durch allgemeine Sammlungen für Erhaltung solcher Anstalten aufgebracht werden. Aber in ihrer Gesamtheit sind sie ein Schlag ins Wasser. Einer wird der Schlammflut der moralischen oder sozialen Verelendung entrissen und zehn andere werden durch das Wirken der kapitalistischen Kräfte hineingestürzt.

Seit über fünf Wochen lobt hier der Doderarbeiterstreik. Es wird die Ziffer von achtzigtausend Streikenden genannt. Vielleicht sind es nicht ganz so viele, vielleicht aber auch noch mehr. Im vorigen Jahre erreichten die Doderarbeiter durch einen kurzen, allgemeinen Streik, daß die Unternehmer alle gestellten Bedingungen anerkannten. Ueber die Höhe der Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen wurden Vereinbarungen getroffen. Unter den von den Unternehmern anerkannten Forderungen befand sich auch die, daß nur organisierte Doder, die hier dem Transportarbeiterverbände angehören, eingestellt werden durften. Diese Forderung griff den Unternehmern am schmerzlichsten an die Nieren. Sie mußten sich unter dem Druck der Verhältnisse, die der vorjährige Streik schuf — ungeheure Massen von Waren und Lebensmitteln waren dem Verderben ausgesetzt, weil sie nicht befördert wurden — dazu bequemen, auch diese Forderung zu bewilligen. Allein das alte Wort: „Traue nie den Schwüren eines Mannes, der sich dadurch vom Stride retten will“, bewährte sich auch hier. Einer der Unternehmer stellte dieses Frühjahr einen unorganisierten Vorarbeiter ein. Die Doder vermuteten, das solle nur einen ersten Versuch darstellen, die anerkannte Forderung zu durchbrechen. Sie verlangten, der Vorarbeiter solle sich organisieren oder entlassen werden. Dem Vorarbeiter heizutreten, verweigerte der Vorarbeiter. Ihn aus diesem Grunde zu entlassen, weigerte sich der Unternehmer, da die Vereinbarung sich nur auf die Arbeiter erstreckte, nicht auch auf die Vorarbeiter. Kurz und gut: wegen dieses Falles ist es zum Streik gekommen.

Es soll an dieser Stelle nicht die Frage untersucht werden, ob es zweckmäßig ist, wenn die Arbeiter vom Unternehmer fordern, er dürfe nur organisierte Arbeiter einstellen, oder ob es nicht vielmehr der eigenen Kraft und dem Einflusse der Gewerkschaften überlassen bleiben muß, dieses Ziel zu erreichen ohne direkte Mitwirkung der Unternehmer. Die Londoner Doder glaubten, ihrer Sache am besten zu dienen, wenn sie die Unternehmerhilfe in diesem Punkte vor ihren Wagen spannten. Und als der vorausgehende Konflikt eintrat, da blieb den Dodern nichts weiter übrig, als zur Wahrung ihrer erzwungenen Rechte zum Streik zu greifen.

Der Streik hat dem Kapital bereits schwere Verluste beigebracht. Der Hafenverkehr stockt noch fast vollständig. Immerhin ist es den Unternehmern gelungen, so viele Streikbrecher anzuwerben, daß die dringendsten Arbeiten erledigt werden können. Die Polizei steht natürlich auch hier auf der Seite der Unternehmer. Geschieht das auch nicht in der brutalen Weise, wie wir es in Deutschland gewohnt sind, so gemüht doch die Art, wie hier die Polizei die bekannte Ordnung und Sicherheit des Verkehrs beschützt, den Arm der Streikenden zu lähmen. Dadurch wächst ebenso naturgemäß die Erbitterung der streikenden Doder. Dieser Tage ist es bereits zu Schießereien gekommen. Verletzt wurde dadurch keiner der Streikbrecher; aber die Stimmung der Streikenden ist verbüffert. Wenn die Regierung, worauf die Streikenden noch hoffen, nicht eingreift und ihr eine Vermittlung gelingt, gilt der Streik bereits für aussichtslos.

In den Ostvierteln der Stadt, dort, wo sich die gewaltigen Docks am linken Themseufer hinstrecken, stehen die Straßen und Plätze von früh bis abends voll von Streikenden. Sie stehen fest. Alles ist äußerlich ruhig. Täglich finden riesige Versammlungen im Streikgebiet statt. So verrinnt Tag um Tag, Woche um Woche. Weiter nach dem Stadtinnern zu, beim Tower, ist noch eins der Hauptstandquartiere der Streikenden. Arbeiter mit Holzstäben in der Größe einer Zigarrentüte, in deren Deckel sich ein Schloß befindet, sammeln für die Streikenden. Gern spendet man seinen Beitrag, wenn man auch weiß, daß dadurch der endliche Ausgang des Streiks nicht beeinflusst werden kann.

Das Leben der Riesenstadt fließt weiter. In der Piccadilly Street, wo sich Klubhaus an Klubhaus von duzendfachen Millionären reiht, spürt man nichts von dem schweren Kampfe der Proleten im Osten der Stadt. Das Bergmühen rauscht hier im breiten Strome untermindert dahin. Es sind ja nur Arbeiter, die um ihr Recht und ihre Existenz ringen. Hüben so wie drüben, und die Themse fließt dem Meere zu.



Internationale Nachrichten.

Der grosse britische Zimmererverband im Jahre 1911.

Im Jahre 1911 war das wichtigste Ereignis in der britischen Zimmererbewegung die am 1. Oktober erfolgte Vereinigung der Associated Carpenters and Joiners' Society mit dem großen Verband, der Amalgamated Society of Carpenters and Joiners. Seitdem im Jahre 1904 die Verhandlungen über den Zusammenschluß begonnen wurden, hat die Associated Carpenters and Joiners' Society mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren und fast gar keine neuen mehr gewonnen. 1904 hatte sie 8324 Mitglieder, 1906 6490, 1908 5708, 1910 3964 und im September 1911 4129. Der starke Mitgliederrückgang wird hauptsächlich auf die unsicheren Verhältnisse zurückgeführt, die in dem kleineren Verbands durch die Verschmelzungsbestrebungen geschaffen wurden. Doch wird erwartet, daß viele der verloren gegangenen Mitglieder dem geeinigten Verbands wieder beitreten.

Außer der Amalgamated Society of Carpenters and Joiners bestehen jetzt noch zwei Lokalvereine der Zimmerer in Northampton und in Tottenham bei London sowie die schon 1827 gegründete General Union of Operative Carpenters and Joiners (Sitz London), mit der ebenfalls Verschmelzungsverhandlungen gepflogen werden; Ende 1910 hatte sie 5653 Mitglieder, während die Amalgamated Society of Carpenters and Joiners Ende 1911 66365 Mitglieder zählte, oder um 10580 (19 pZt.) mehr als im Jahre vorher. Der höchste Mitgliederstand wurde jedoch schon 1903 verzeichnet, als er 71547 betrug (um 5182 mehr als 1911.) Von den 66365 Ende 1911 dem Verband angehörigen Personen waren:

Vollmitglieder	50282	oder	75,6 pZt.
Mitglieder der Gewerbesektion ..	12164	„	18,3 „
Arbeitslosensektion	321	„	0,5 „
Mitglieder der Jugendsektion ..	407	„	0,6 „
Invalide	3241	„	5,0 „

Die Zahl der Ortsgruppen nahm von 899 Ende 1910 auf 974 Ende 1911 zu. In England und Wales befanden sich 610 Ortsgruppen, in Schottland 108, in Irland 52, in den Vereinigten Staaten von Amerika 76, in Kanada 43, im australischen Staatenbund 42, in Neu-Seeland 26 und in Südafrika 17.

Die Mitgliederzahl verteilte sich wie folgt:

Großbritannien und Irland	51790	oder	78,0 pZt.
Vereinigte Staaten	4580	„	6,9 „
Kanada	3237	„	4,9 „
Neu-Seeland	3070	„	4,6 „
Australischer Staatenbund	3023	„	4,6 „
Südafrika	665	„	1,0 „

Zusammen ... 66365 oder 100,0 pZt.

Während des letzten Jahres stieg in Großbritannien und Irland die Mitgliederzahl von 43847 auf 51790, in den Vereinigten Staaten und in den britischen Kolonien nahm sie von 12488 auf 14575 zu. Es ist wahrscheinlich, daß die Ortsgruppen in den Vereinigten Staaten und Kanada, die fast 8000 Mitglieder haben, in absehbarer Zeit zum Anschluß an den amerikanischen Zimmererverband veranlaßt werden, der den Grundsatz vertritt, daß ausländische Gewerkschaften auf amerikanischem Boden nicht wirksam sein dürfen.

In finanzieller Beziehung schloß das Jahr 1911 für die Amalgamated Society of Carpenters and Joiners nicht günstig ab, denn die Ausgaben waren abermals höher als die Einnahmen; doch war das Gebärungsdefizit erheblich geringer als von 1901 bis 1905 und 1907 bis 1909. Gebärungsüberschüsse ergaben sich seit 1901 nur in zwei Jahren, nämlich 1906 und 1910.

Die Einnahmen bezifferten sich 1911 auf £ 176 775 (zu je M. 20 im Werte) gegen £ 224 858 1910. Die Mindereinnahme von £ 48 083 ist damit zu erklären, daß 1911 der regelmäßige Beitrag der Vollmitglieder von 1/4 auf 1 s und der Mitglieder der Gewerbesektion von 5 d auf 4 d herabgesetzt wurde, und daß die Einhebung von Extrasteuern eine bedeutende Einschränkung erfuhr. An Extrasteuern kamen in Großbritannien-Irland auf ein Vollmitglied 1910 36 s (ebensoviel Mark) und 1911 7 1/2 s, auf ein Mitglied der Gewerbesektion 1910 12 s und 1911 2 1/2 s. Die außerordentlich hohen Extrasteuern der letzten Jahre trugen viel zu den Mitgliederverlusten bei.

Von den Einnahmen trafen im Jahre 1911 auf Mitgliederbeiträge, Extrasteuern und Strafzettel £ 166 316, auf Beitrittsgebühren £ 3951, auf Vermögenszinsen £ 1890 usw. Von der Associated Carpenters and Joiners' Society wurde bei der Verschmelzung ein Betrag von £ 3166 übernommen.

Die Gesamtausgaben sanken von £ 200 724 1910 auf £ 179 693 1911; hiervon wurden verwendet für Unterstützungen und Gewährung von Rechtsschutz £ 145 493 oder 81 pZt. der Gesamtsumme, für Gehälter, Entschädigungen, Delegationen und dergleichen £ 28 489 (16 pZt.), für Miete £ 3931 und der Rest für sonstige Zwecke.

Höher als 1910 waren 1911 die Ausgaben für Streik-, Altersinvaliden- und Ablebensunterstützung, sowie für Werkzeugversicherung. Die Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Invalidenunterstützungen wurden zugleich mit der Beitragsermäßigung verkürzt.

Die Beträge, welche in den letzten fünf Jahren für die wichtigsten Unterstützungszweige überhaupt und

pro Mitglied ausgegeben wurden, sind in der Tabelle angeführt.

Jahr	Streikunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung	Unfallunterstützung	Invalidenunterstützung	Sterbegeld
a) Ausgaben überhaupt (Pfd. Sterl.)						
1907	3340	71280	43347	4305	43325	7509
1908	42842	112253	45292	5010	46779	7316
1909	1040	89729	40907	4970	51197	7306
1910	1308	63133	37105	3635	53316	6376
1911	3745	37334	32613	2945	55130	7264

Jahr	Streikunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Krankenunterstützung	Unfallunterstützung	Invalidenunterstützung	Sterbegeld
b) Ausgaben pro Mitglied (Schilling)						
1907	1	20 3/4	12 1/2	1 1/4	12 1/2	2 1/4
1908	14	86 2/3	14 3/4	1 1/2	15 1/4	2 1/3
1909	1/3	31 3/4	14 1/2	1 3/4	18 3/8	2 1/2
1910	1/2	22 1/2	13 1/4	1 1/4	19 1/4	2 1/4
1911	1 1/8	11 1/4	9 3/4	7/8	16 1/2	2 1/4

Den größten Schwankungen sind selbstredend die Ausgaben für Streikunterstützung ausgesetzt; aber auch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung variieren innerhalb weiter Grenzen.

Der Kassenbestand ging von £ 104 471 am 1. Januar auf £ 101 973 am 31. Dezember 1911 zurück.

Erhöhungen der Löhne setzten im Jahre 1911 59 Ortsgruppen der A. S. of C. and J. durch, und zwar 42 in Großbritannien-Irland, 4 in den Vereinigten Staaten, 9 in Kanada und 4 in Australien. In Großbritannien-Irland bewegte sich das wöchentliche Ausmaß der Lohnerhöhung zwischen 7 1/2 d (65 %) und 6 s; in der Regel machte es 2 bis 3 s aus.

Verkürzungen der Arbeitszeit wurden im Gebiet von 11 Ortsgruppen erzielt; davon befanden sich 6 in Großbritannien-Irland, 4 in den Kolonien und eine in den Vereinigten Staaten.

Der Verband wird mit dem Inkrafttreten des Erwerbsunfähigen- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Funktionen eines anerkannten Versicherungsvereins übernehmen. Welchen Effekt dieses Gesetz auf die gewerkschaftliche Organisation haben wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Bisher übten die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen die größte Anziehungskraft auf die Kameraden aus; aber künftig werden sie die wichtigsten Unterstützungen beziehen können, ohne dem Verband beitreten zu müssen. Freilich sollte keiner vergessen, was Generalsekretär Chandler sagt: Daß nach wie vor nur die Gewerkschaft wirtschaftlichen Schutz gewähren und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeiführen kann. H. F.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 6 (Dresden).

In der Zeit von Mitte April bis Mitte Juni fanden im Gau Ostschlesien, Niederschlesien und Niederlausitz in 44 Zahlstellen 63 Versammlungen statt mit dem Thema: „Krieg oder Frieden im Baugewerbe 1913“. In 7 Versammlungen sprach Kamerad Schrader aus Hamburg, in 4 der Kamerad W. Witt aus Berlin. Von den Mitgliedern des Gauvorstandes sprachen Kamerad R. Köhler in 12, R. Fischer in 10, J. Welger in 7, H. Präß in 2, H. Dehmichen in einer und der Unterzeichnete in 21 Versammlungen.

Der Besuch der Versammlungen war meist recht gut. In einer Anzahl der sächsischen und schlesischen Zahlstellen waren außer den Kranken und den außerhalb Arbeitenden alle Mitglieder erschienen. Auch in der Niederlausitz waren fast durchweg mehr Mitglieder als bei früheren Agitationsversammlungen erschienen. Die Versammlung in Dresden war sehr gut besucht; der geräumige Saal der „Zentralhalle“ war überfüllt. Maßgebend für den Besuch ist nicht immer die Mitgliederzahl der Zahlstelle, da diese sich in Bezirke gliedern und die dort wohnenden und arbeitenden Kameraden gar nicht die Möglichkeit haben, zur Versammlung zu kommen. Von 210 in Zittau arbeitenden Zimmerern waren 191 in der Versammlung. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle, die sich über die ganze Amtshauptmannschaft Zittau verteilt, ist indes 370. Trotzdem wird aber keiner bestreiten, daß der Besuch der Versammlung sehr gut war. So geht es auch in einer Reihe anderer Zahlstellen.

Geredet haben in den Versammlungen außer den Referenten recht wenig Mitglieder. Das ist aber durchaus nicht auf Interesslosigkeit zurückzuführen. Vielmehr liegt es so, daß die Mitglieder weniger in Versammlungen reden, dafür aber mehr handeln für die Ausbreitung der Organisation. Beweis dafür ist, daß in den Zahlstellen, die Vertragsverhältnisse haben, von allen Beschäftigten, Poliere eingerechnet, 86 pZt. im Verband sind. Seitdem sind es aber noch einige hundert Mitglieder mehr geworden. Die meisten Zahlstellen hatten unter der Aussperrung 1910 zu leiden und die Mitglieder zogen die einzig richtige Folgerung, nämlich Stärkung des Verbandes. Ohne Zweifel haben die Agitationsversammlungen zur Belebung der Agitation beigetragen, denn es wurde mir wiederholt berichtet, daß nach den Versammlungen auf den Bauten und sonstigen Arbeitsstätten eine lebhaftere Aussprache über das Gehörte stattfand. Richard Kösch, Dresden.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Buraun-Neuscha i. Schlesien, Amenan, Kirchheim u. Teck, Lemgo, Markkirch i. Gf., Neustadt b. Sonneberg, Pörsch (Säger).

Gesperret ist der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in Braunschweig, Bremen, Nordenham, Oldenburg und Begejack, in Bahn das Geschäft von Kusch, in Barmen das Geschäft von Ditztes, in Bebra

das Geschäft von Hartwich, in Buer i. Westf. die Firma Senger, in Driefel b. Zetel (Oldenburg) das Geschäft von Reimers, in Dortmund das Geschäft von Möllmann, in Duisburg-Meiderich die Firma Pollmann, in Forst i. d. L. das Geschäft von Grape, in Friedberg i. Hessen das Geschäft von Heint. Reuß (Beton-Abteilung), in Glienicke das Geschäft von A. Neumann, in Gollnow das Geschäft von G. Ruch, in Greifenhagen die Geschäfte von August und Adolf Neumann, in Heiligenbeil i. Ostpreußen das Geschäft von Wernig, in Hermsdorf i. d. Mark das Geschäft von R. Schulze, Langenberg Reuß j. L., in Limbach b. Chemnitz das Geschäft von Jakob, in Listerohl i. Sauerland die Betonfirma Wiemer & Trachte aus Dortmund, in Magdeburg das Grusonwerk, in Mauer a. Oberrhein der Neubau der Talsperre, in Neurode i. Schlesien die Geschäfte von Adam und Taug, in Oppeln die Arbeiten der Firma Huber-Breslau, in Perleberg das Geschäft von Höger & Lorenz, in Pödejud die Geschäfte von Bestmann, Rogow und Martin, in Saarbrücken die Brückenbauten der Firma S. Sohnius in Göttingen, in Stadthagen die Firma Stieß, in Treptow a. d. Rega die Geschäfte von Dhm und Schumacher, in Tangermünde die Geschäfte von W. Pesselt und Brünsecke & Co.

Oesterreich.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Brud a. d. Mur, Hainburg a. d. Donau, Hartberg, Herzogenburg, Raaden, Meran, Mürzzuschlag, Rofsbach, Trautenuan, Weidling und Weipert.

Ungarn.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Brassó, Riszkely und Prefsburg.

Rohe Brutalitäten gegen Arbeitervertreter. Mit welchen Roheiten oftmals die Beauftragten der freien Verbände bei Verhandlungen mit Unternehmern oder deren Beauftragten zu rechnen haben, ist bekannt. Man betrachtet sie mehr als Eindringliche denn als Vertreter der Vertragskontrahenten arbeitserseits. Daß es bei solchen angebahnten Verhandlungen zu Mißhandlungen kommen kann, beweist folgender Vorfall, der sich im frommen Sauerlande zugetragen hat. Hier wird im Listerthal bei Listerohl eine Talsperre gebaut und sind die Arbeiten auch der Betonfirma Wiemer & Trachte in Dortmund übertragen worden. Da im Sauerlande selbst, wenigstens in dieser Gegend, nur wenige baugewerbliche Arbeiter vorhanden sind und bei diesen Arbeiten meist nur Spezialisten benützt werden, mußte die Firma Leute von Dortmund aus nach Listerohl senden. Laut Tarif müssen diese Arbeiter unter Dortmunder Vertragsverhältnissen beschäftigt werden. Diese Vertragsbestimmungen wurden aber von der Firma nicht eingehalten. Weder die Arbeitszeit war ein geregelt, noch ging die Bezahlung nach Vertragsverhältnissen vor sich. Es war selbstverständlich, daß sich die Bauarbeiter, vornehmlich die Zimmerer und die im Beton Beschäftigten, den Vertragsbruch nicht gefallen ließen und am 4. Juli die Arbeit niederlegten. In Frage kamen circa 40 Zimmerer und Zementarbeiter.

Am Sonntag, 7. Juli, sollte in Dortmund mit den Bauunternehmern verhandelt werden. Die Verhandlung kam aber nicht zustande, weil der Unternehmer Trachte nicht anwesend war. Nun versuchte man am Montag an der Baustelle selbst zu verhandeln. Die Verhandlungen sollten führen die Kameraden Janzen aus Düsseldorf und Naserle aus Dortmund. Da die Streitenden bereits alle nach Dortmund abgereist waren, fuhr von diesen zwei Zimmerer und ein Zementarbeiter mit nach Listerohl zurück, um gleichfalls an den Verhandlungen teilzunehmen. Raum hatte die Delegation den Bahnhof in Listerohl verlassen, da wurden sie auch schon von zwei Gendarmen angehalten und die drei Streikbeteiligten mußten sich im ersten besten Haus eine Verhinderung gefallen lassen. Jedenfalls wurde nach Waffen bei ihnen gesucht. Hinzu kam auch der Betonmeister der Firma, Anton Mengelkamp. Kamerad Janzen sprach den Betonmeister in der höflichsten Weise an, er erklärte, daß sie beauftragt seien, mit den Vertretern der Firma zu verhandeln, und wo Herr Trachte oder der Bauführer am besten anzutreffen wären. Hierauf antwortete Mengelkamp in äußerst barschem Tone: „Verhandeln werde ich, aber nicht hier, sondern hinter der Sperre in der Wirtschaft.“ Die Kommission machte sich nunmehr auf den Weg dahin; bis zum Verhandlungsort war es eine Stunde. Benutzt wurde der Weg von Listerohl nach Hunswinkel, der durch die Sperre geht und öffentlich ist. Es war Mittag, als sie in der Wirtschaft Franz Kugel anlangten. Die Kommission, die seit 6 Uhr früh auf den Weinen war, verlangte hier etwas zu essen und zu trinken, erhielt aber von der Wirtin den Bescheid, daß man es ihr ausdrücklich verboten habe, an die Kommissionsmitglieder Speisen und Getränke zu verabreichen. Da es zwecklos erschien, mit Mengelkamp zu verhandeln, beschloß man, den Rückweg anzutreten und lieber am nächsten Tag in Dortmund Verhandlungen anzubahnen. Zwei der Streitenden waren zurückgeblieben, um von ihren Logisleuten ihre zurückgelassenen Kleidungsstücke zu holen. Die andern waren in der Wirtschaft „Zum letzten Keller“ in Lauenbach eingekerkert, um hier ein Glas Bier zu trinken, eventuell zu essen. Raum war ihnen das Bier hingestellt worden und noch nicht die Unterhaltung wegen der Verabreichung von Speisen zu Ende, als der Betonmeister Mengelkamp mit sechs Zementauern und Bauhilfsarbeitern in die Gaststube stürzte und mit einem Knüttel mit Stahlfänge wie rasend auf die Köpfe der Kommissionsmitglieder loslag. Noch hielten die mitgebrachten Arbeiter mit Schlägen zurück. Da schrie W. diese Leute an: „Kerls, wollt Ihr wohl mit draußhauen!

Paut die Bestien tot!“ Dieses Kommando verfehlte seinen Zweck nicht, die Arbeiter, alle mit dicken Knütteln bewaffnet, schlugen wie Menege und wie die Wilden auf die Ahnungslosen los. Nur schnellste Flucht konnte diese vor dem Schlimmsten bewahren, denn an eine Abwehr gegen diese Mißhandlungen war nach Lage der Sache nicht zu denken. Die Kommissionsmitglieder waren unbewaffnet und hinter einem Tisch zusammengezwängt. Janzen flüchtete hin zum Stall, wo er in eine Ecke hintaunelte. Trotzdem wurde weiter mit Knütteln auf ihn losgeschlagen. Erst als er das nächste Nachbarhaus erreichte, mußten die Unholde von ihm loslassen. Das Blut rann nur so in Strömen. Wie Janzen, wurde auch das Kommissionsmitglied Wiebeck zugerichtet. Auch ihm wurde der Kopf blutig geschlagen. Am schlimmsten wurde Naserle zugerichtet. Er war aus der Wirtschaft seitwärts in die Berge geflohen, wurde aber von Mengelkamp und noch einigen von seinen Komplizen eingeholt und bewußtlos geschlagen. Der ganze Kopf zeigte eine Wunde nach der andern. Ebenso waren Hände und Beine und andere Körperteile zerfetzt. Kaltblütig erklärten die schlagenden Unholde: „Nun hat er genug! Nun aber drauf, daß wir die andern beiden auch noch vermöbeln!“ N., der inzwischen zum Bewußtsein gekommen war, kroch auf allen Vieren weg. Während dieser brutalen Vorgänge waren die Kommissionsmitglieder Spitz und Wischnowsky sowie der verletzte Wiebeck zur Kantine geeilt, wo sie einen Gendarmen antraten und diesen um Hilfe ersuchten. Auf die Aufforderung hin, er möche Janzen und Naserle mit suchen helfen, da es nicht ausgeschlossen wäre, daß diese beiden tödlich verletzt in den Büschen lägen, meinte der Beamte ganz kalt: „Ich bin kein Spürhund!“ Was Menschenpflicht gewesen wäre, der Gendarm lehnte es ab! Wir haben an dieser Stelle mit ihm nicht zu rechten und da die Akten über diese Schlägereien selbst noch nicht geschlossen sind, wird es sich ja herausstellen, wie das Verhalten des Gendarmen zu dem Vorgehen des Betonmeisters und seiner Kolonne bezeichnet werden muß. Janzen begab sich in Begleitung und unter dem Schutz eines Schirmmachers über die Berge und traf gegen 4 Uhr in Listerohl mit Spitz, Wiebeck und Wischnowsky zusammen. Naserle schleppte sich über die Berge nach Krachhammer hin. In Springhausen nahm ihn der Bauunternehmer S. auf, der seine Wunden reinigte und kühlte. Erst nachts um 12 Uhr kam er nach Dortmund zurück. So der Vorfall, der zeigt, wie gefährlich es ist, wenn friedliche Gewerkschaftsvertreter solchen Menschen wie Mengelkamp und Konjorten in die Hände fallen. Für diesen dürften die Vorkommnisse hoffentlich noch einen bitteren Nachgeschmack haben, da Naserle und Janzen beide ärztlich arbeitsunfähig geschrieben worden sind. Gegen Mengelkamp und Genossen ist Strafantrag gestellt worden. Hoffentlich werden diese Untaten gerichtlich so bemessen, wie sie es verdienen.

Zur Arbeitsnachweisfrage in Dortmund. Die Dortmunder Arbeitgeber haben bekanntlich am 1. April dieses Jahres ihren Arbeitsnachweis eingehen lassen und ihn dem städtischen Hauptarbeitsnachweis angliedern müssen. Das ist geschehen auf Grund von Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, die das Ergebnis recht langwieriger und schwieriger Verhandlungen waren. Die Arbeitgeber haben den Schritt nur ungern getan, aber sie vermochten sich schließlich dieser Regelung nicht mehr zu entziehen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten ist natürlich höchst unzufrieden darüber, daß ihm die Waffe des Arbeitsnachweises in Dortmund aus der Hand geschlagen ist. Schon gleich nach Zustandekommen der Vereinbarung hat er ihr entgegengetreten. Er ließ seinem Ortsverband Dortmund mitteilen, daß durch die Aufhebung des Nachweises die Landgebiete nicht betroffen würden und daß auf besonderes Verlangen der Arbeitgeber des Landgebietes eine Nachweistelle in Dortmund bestehen bleiben müsse. Seine Absicht, durch eine solche Maßnahme Verwirrung anzurichten, scheint aber nur in beschränktem Maße in Erfüllung gegangen zu sein, worüber der Arbeitgeberbund sehr verstimmt ist. Er ist ein entschiedener Verfechter solcher Arbeitsnachweise, wie sie in dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe entworfenen Tarifvertragsmuster von 1910 so umschrieben waren: „Die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sind anzuerkennen und ausschließlich seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu benutzen. Die Handhabung der Arbeitsnachweise erfolgt auf Grund der von den Arbeitgeberverbänden hierfür festgesetzten Geschäftsordnungen.“ Alle andern Nachweise, seien sie städtische oder von den Gewerkschaften errichtete, werden rücksichtslos bekämpft. Das muß auch der städtische Arbeitsnachweis in Dortmund erfahren. In ihrer Nr. 26 heißt die rühmlichst bekannte „Westdeutsche Arbeitgeberzeitung“ gegen ihn in der bei ihr gewohnten Art. Sie schreibt:

„Der städtische Arbeitsnachweis in Dortmund hatte bekanntlich mit dem 1. April dieses Jahres den in Dortmund wohnenden Bauunternehmern die Vermittlung von Bauarbeitern kostenlos zugesagt. Bedingung war, daß die Dortmunder Baugewerbetreibenden den Nachweis des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nicht mehr in Anspruch nähmen, und daß die freien Gewerkschaften ihren Nachweis aufheben sollten. Die Dortmunder Baugewerbetreibenden scheinen nun ihrem Versprechen nachzukommen, wenigstens solange der städtische Nachweis in der Lage ist, Bauarbeiter zu überweisen, dagegen besteht der Nachweis der freien Gewerkschaften nach wie vor und in den Versammlungen soll immer wieder darauf hingewiesen worden sein, daß dieser Nachweis auch fernerhin bestehen bleibt. Trifft dies zu, dann sind die Dortmunder Arbeitgeber aber nicht mehr an ihr Versprechen gebunden. In verschiedenen andern Städten des Industriegebietes versuchen nun die städtischen Nachweise auf gleiche Weise sich der Arbeitgebernachweise für das Baugewerbe zu entledigen und die Gewerkschaften sind eifrig mit an der Arbeit.“

Wie bemährt sich nun aber der Dortmunder Nachweis in der Praxis? Die Vermittlungszahl des städtischen Nachweises ist, soweit das Baugewerbe überhaupt in Frage kommt, so unbedeutend, daß man von Vermittlungen kaum zu reden mag. Die Arbeitgeber werden aber nicht bedient, weil die Bauarbeiter stets erst bei dem Nachweis des Baugewerbes Nachfrage halten. Aber nicht nur die Arbeit-

geber werden jetzt zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß die städtische Einrichtung für sie bedeutungslos ist, auch schon die Bauarbeiter haben zum Ausdruck gebracht, daß für sie der städtische Arbeitsnachweis nicht in Frage kommen könne, und das Interessanteste dabei ist, daß in den letzten 14 Tagen etwa 150 Bauarbeiter die unterschriftliche Erklärung auf dem Nachweis des Baugewerbes abgegeben haben, daß es ihr Wunsch ist, daß dieser Nachweis auch für die Zukunft bestehen bleiben möge. Auf Grund dieser Tatsache heize es doch Unzufriedenheit unter die Bauarbeiter bringen, wenn man die Nachweise für das Baugewerbe beseitigen wolle und dazu sollten städtische Verwaltungen nicht die Hand bieten.“

Der unsaubere Zweck dieser Notiz ist natürlich nur der, die Dortmunder Arbeitgeber gegen den städtischen Nachweis und die Gewerkschaften mobil zu machen, damit möglichst der frühere Zustand wieder erreicht werde und die Arbeitgeber den Nachweis wieder in ihre Hände bekommen. Deshalb werden auch dem städtischen Nachweis alle nur möglichen Mängel angedichtet. Selbst zahlreiche Bauarbeiter sollen schon ihren Unwillen über den Nachweis geäußert und den Wunsch ausgesprochen haben, daß der Nachweis der Arbeitgeber bestehen bleiben möge. Was das für Bauarbeiter sind, verrät die Notiz nicht; ihr Verfasser hat auch allen Grund, darüber Stillschweigen zu bewahren. Richtig ist der Satz, daß die Beseitigung der von den Arbeitgebern errichteten Arbeitsnachweise „Unzufriedenheit unter die Bauarbeiter bringen“ könne. Dabei gibt es keine Einrichtung der Arbeitgeberverbände, die in stärkerem Maße die Unzufriedenheit der Arbeiter hervorgerufen hätte, wie ihre Arbeitsnachweise, die sich ganz allgemein als Maßregelungsbiureaus schlimmster Sorte erwiesen haben. Der Vorwurf, daß die Gewerkschaften ihren Nachweis haben bestehen lassen, trifft daneben, sie nehmen für sich nur das gleiche Recht in Anspruch wie die Arbeitgeber, indem sie Arbeitskräfte für das Landgebiet vermitteln.

Daß übrigens die obige Notiz dem städtischen Nachweis in Dortmund nicht gerecht wird, beweist das Urteil der bürgerlichen Presse. Die „Dortmunder Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 8. Juli d. J. unter der Stichmarke „Arbeitsnachweis im Baugewerbe“:

„Bekanntlich ist am 1. April 1912 auf Wunsch der beteiligten Arbeitnehmer und unter Zustimmung der Arbeitgeber an den städtischen Arbeitsnachweis, Brüderweg 33, ein besonderer Arbeitsnachweis für das Baugewerbe angeschlossen worden. Der Nachweis hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens gut entwickelt. Es wurden in dem am 1. Juli 1912 abgelaufenen ersten Vierteljahr der Geschäftstätigkeit angemeldet: 379 offene Stellen für Maurer, 278 für Zimmerer und 178 für Handlanger. Während dieser Zeit meldeten sich: 505 arbeitssuchende Maurer, 408 Zimmerer und 226 Handlanger. Es konnten Stellen besetzt werden: 189 Maurer, 147 Zimmerer und 83 Handlanger.“

Danach hat der Nachweis doch schon leidlich funktioniert, wenn er auch den Erwartungen, die man an eine solche Einrichtung stellt, noch längst nicht in jeder Beziehung entspricht. Dazu wird er aber um so eher in der Lage sein, wenn die „Westdeutsche“ aufhört, gegen ihn zu hetzen.

Differenzen in Barmen. Die bei der Betonfirma Ditzies beschäftigten Zimmerer und Hilfsarbeiter, einschließlich der Poliere, haben am 10. Juli ihr Arbeitsverhältnis gelöst. Fortgesetzte Maßregelungen und eine Behandlung seitens des Firmeninhabers, die auf die Dauer einfach nicht zu ertragen war, sind die Ursachen. Mehrfach ist der Versuch gemacht worden, mit dem Unternehmer Ditzies in Verhandlungen zu treten, um eine Beseitigung der Mißliebigkeiten zu erwirken. Das war aber unmöglich, weil D. kategorisch erklärte, er sättele mit den Zimmerleuten solange um, bis er Leute habe, die nach seiner Pfeife tanzten. Die beteiligten Kameraden und Hilfsarbeiter haben es daher vorgezogen, ihr Arbeitsverhältnis zu lösen, um sich anderweitig Beschäftigung zu suchen.

Differenzen in Bielefeld. Bei der Betonfirma Paul Koffel hatte der Polier vor einigen Wochen sechs holländische Zimmerer eingestellt, die der christlichen Organisation angehörten. Diese Zimmerer standen unter dem besonderen Schutz des Poliers; sie wollten sich aber auch die Gunst der Firma erwerben. Zu diesem Zweck schwindelten sie der Firma vor, sie seien von unsern Kameraden bedroht worden. Offenbar wollten sie durch diese an den Fingern gefogene Beschuldigung die Entlassung unserer Kameraden durchsetzen. Die Firma reichte sofort Beschwerde beim Arbeitgeberverband ein; es fand auch eine Sitzung der Kommission statt, doch wurde ein Entscheid nicht gefällt, sondern Beweiserhebung beschlossen. Als die „christlichen“ Holländer einsehen, daß sie auf diesem Wege nicht zum Ziel gelangten, nahmen sie ihre Zuflucht zu andern Mitteln. Um unsern Kameraden das Arbeiten zu erschweren und selber einen möglichst großen Vorsprung zu gewinnen, warfen sie mit deren Werkzeug herum, wodurch es natürlich beschädigt wurde. Unter solchen Umständen sahen sich unsere Kameraden gezwungen, die Baustelle zu verlassen. Eine neue Beschwerde der Firma war die Folge. In einer Sitzung am 3. Juli kam sie zur Verhandlung. Unsern Kameraden wurde Vertragsbruch vorgeworfen, wogegen ihre Vertreter natürlich energischsten Protest einlegten unter Darlegung des Sachverhalts. In der Abstimmung vertraten drei Arbeitgeber den Standpunkt, daß die Arbeits-einstellung einem Vertragsbruch gleichkomme, hingegen stellten sich die Arbeitervertreter auf den gegenteiligen Standpunkt. Der Fall wird mithin noch das Einigungsamt beschäftigen. Inzwischen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Firma versichert hat, daß die Holländer, die auf so seltsame Art ihre „christliche“ Nächstenliebe bekundeten, anderweitig beschäftigt würden. Maßregelungen sollen ebenfalls nicht stattfinden.

Bei einer Kölner Firma, am Bau der Wohnungsausstellung, haben unsere Kameraden auch aufgehört, weil sie es satt hatten, sich durch den Polier noch länger schikanieren zu lassen; auch war ein Kamerad, der gegen eine solche unwürdige Behandlung Einspruch erhob, sofort entlassen worden. Diese Firma hat sich gleichfalls beschwert, doch ist uns der weitere Verlauf bisher noch nicht gemeldet.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Betonbauten in Bremen. Bekanntlich ist zwischen dem Bund der Baugeschäfte in Bremen und unserer Zahlstelle am 20. Februar dieses Jahres zum § 4 des Tarifvertrages folgender Zusatz vereinbart:

Der Zimmererlohn wird in allen Betonbaugeschäften auch bei Herstellung von Gerüsten, Aufertigung von Konstruktionen und Einschalungsarbeiten bezahlt.

Bei allen Hilfeleistungen bei Zimmerern, z. B. Materialtransport, einfachen Deckenschalungs- und Ausschalungsarbeiten scheidet obige Bestimmung aus.

Werden Zimmerer in Betonbaugeschäften zu anderen Arbeiten herangezogen, so ist diesen der Zimmererlohn zu zahlen.

Bei Arbeiten über das Lohngebiet hinaus wird den hier in Bremen Eingestellten und mit Zimmererlohn bezahlten der Bremer Lohn bezahlt. Ist der Lohn am Ort der Arbeitsstelle höher, so ist dieser maßgebend.

Ferner sind noch Bestimmungen über Arbeiten nach auswärts vorzusehen.

Am 28. März dieses Jahres traf der Bauarbeiterverband in Bremen mit den Arbeitgebern des Betongewerbes folgende Abmachungen:

a) für Arbeiter beträgt der Lohn 52, 56, 58, 60 $\%$. Termine sind auch bei den andern Kategorien: 1. April, 1. Oktober 1912, 1. Januar und 1. April 1913;

b) für Anfangseinschaler, Zementierer, Eisenschieber und ähnliche Arbeiter mit den nötigen Hilfsgehilfen 55, 59, 61, 63 $\%$ die Stunde;

c) für perfekte Zementierer und Einschaler, d. h. Spezialisten, die in der Regel eine dreijährige Tätigkeit im Beruf nachweisen und selbständig sowohl Zementputzen, Glätten, Einschalen, als auch Arbeiten nach Stützen oder Angaben und Armierungsarbeiten herstellen können, ist der Lohn 71, 72, 73, 75 $\%$ pro Stunde.

Ueber die tatsächlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Betonbauten haben eingehende Erhebungen stattgefunden am 7. Februar, 19. April und 9. Juli. Das Ergebnis veranschaulicht nachstehende Tabelle:

An dem Bau werden beschäftigt	Aufnahmen 1912							
	vom 7. Febr.		vom 19. April		vom 9. Juli			
	Anzahl der Arbeiter	Stunden-Löhne	Anzahl der Arbeiter	Stunden-Löhne	Anzahl der Arbeiter	Stunden-Löhne		
Zimmerer.....	46	69-73	149	148	71-72	168	166	71-75
Einschaler (angelernte Zimmerer)	14	52-60	7	4	71	17	2	71
Hilfsarbeiter, die b. d. Zimmerarb. (Eins- und Ausschalen, Stiefstellen usw.) helf.	—	—	16	—	52-68	27	—	52-66

An dem Bau werden beschäftigt	Aufnahmen 1912					
	vom 7. Febr.		vom 19. April		vom 9. Juli	
	Anzahl der Arbeiter	Stunden-Löhne	Anzahl der Arbeiter	Stunden-Löhne	Anzahl der Arbeiter	Stunden-Löhne
Zementierer, selbständige..	5	50-52	26	58-71	14	55-71
" nichtselbständ.	1	50	7	55	6	52-55
" Anfänger	—	—	—	—	—	—
Flechter	2	52	2	54	6	55-71
Eisenarmierer	4	52-60	18	52-71	15	52-71
Handbetonmischer	2	50	16	52	16	52-58
Beton- und Waffenträger ..	1	50	4	52	1	52
An Hebevorrichtungen beschäftigte Arbeiter	13	50-55	6	52-57	11	52-71
Transporteure, die das Material an die Hebevorrichtungen heranschaffen	9	50-52	18	52-57	6	52
Transporteure, die das Material oben weiterbeförd.	3	50	9	52	2	52
Hilfsarbeiter	13	38-50	101	45-57	269	22-58

Werden teilweise bei Koffel und Löhne auch zu andern Arbeiten herangezogen. An drei Arbeitsstellen, wobei 18 Zimmerer und 13 Hilfsarbeiter in Frage kommen, wurde ausgeschalt. Diese Kategorien verrichteten vor Vertragsabschluss auch Einschaltungsarbeiten zu niedrigeren Löhnen; jetzt ist das beseitigt. Zementierer mit 71 $\%$ sind Poliere und Vorarbeiter, auch teilweise Maurer. Davon ein Maschinist mit 71 $\%$ Lohn. Davon 100 Mann bei Holzmann mit 22 bis 45 $\%$ Lohn pro Stunde.

Die Aufnahme vom 19. April erfaßte 6 Firmen mit 12 Baustellen, an 3 von diesen Bauten wurde auch das Dach aus Beton hergestellt. Am 9. Juli wurden 7 Firmen mit 16 Baustellen (davon 5 Betongrundarbeiten, 1 Tiefbau und 10 Hochbauten) erfaßt. An 1 dieser Bauten wurde auch das Dach aus Beton hergestellt.

Die Statistik zeigt, daß die Abmachungen des Bauarbeiterverbandes für die Anfangseinschaler unter b und ebenso die unter c mit wenigen Ausnahmen keinerlei Bedeutung haben. Die mit unserer Zahlstelle getroffenen Bestimmungen sind durchweg eingehalten. Unsere Kameraden werden auch ferner darauf achten und durch weitere Kontrolle dafür sorgen, daß Verletzungen der Vereinbarungen nicht vorkommen.

Zur Lohnbewegung in Wienenburg (Bad Salzburg). Das Vorgehen unserer Kameraden in Wienenburg ist insofern von Erfolg gewesen, als bei dem hauptsächlich in Frage kommenden Unternehmer Sievers der Lohn um 4 $\%$ pro Stunde erhöht wurde. Bei dem Unternehmer Schacht wird ein Lohn von 44 $\%$ pro Stunde gezahlt. Von der Durchführung der Forderung, die auf 47 $\%$ gerichtet war, ist einstweilen abgesehen worden.

Differenzen in Oppeln-Sakran. Mit der Firma Huber aus Breslau, die in Oppeln-Sakran Arbeiten ausführt, stehen unsere Kameraden seit längerer Zeit in Verhandlungen über die Regelung der Löhne. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden, und als nun gar die Firma dazu überging,

die Löhne zu reduzieren, war die Arbeitseinstellung nicht mehr zu verhindern. Im Streik stehen etwa 80 Mann. Zugang nach dort ist fernzuhalten.

Wie wir nachträglich erfahren, hat sich der „Christliche“ Bauarbeiterverband hier sofort als Retter in der Not erwiesen, indem er mit der Firma einen Tarifvertrag vereinbarte mit einem um 10 $\%$ pro Stunde geringeren Lohnsatz, wie ihn unsere Kameraden fordern und wie er von der Firma früher schon gezahlt worden ist. Um diesen schmachlichen Verrat zu verdecken, wird nach außen hin von dem unerhörten Terrorismus des roten Zimmererverbandes geredet. „Kollegen, dem roten Zimmererverband gilt unser Kampf“, so heißt es in einer von der Bezirksleitung des „Christlichen“ Verbandes unterzeichneten Versammlungseinladung, in der noch ausdrücklich vermerkt ist: „Rot organisierte Zimmerer haben keinen Zutritt“. Das ist echt „christlich“.

Platzsperrung in Gollnow. Wegen Maßregelung eines Verbandsmitgliedes ist in Gollnow über das Geschäft von G. Ruch die Sperrung verhängt worden. Alle Bemühungen, die Entlassung rückgängig zu machen, blieben fruchtlos, obwohl Ruch zugab, daß ein Grund zur Entlassung des betreffenden Kamraden nicht vorgelegen habe.

Die partielle Lohnbewegung in Stollberg hat guten Erfolg gehabt. In vier Geschäften sind die Löhne um 3 bis 4 $\%$ pro Stunde aufgebessert, auch ist die Arbeitszeit um eine halbe Stunde, von elf auf zehneinhalb Stunden, verkürzt worden. Dieser Erfolg ist ohne Arbeitseinstellung erzielt. Die noch nicht bewilligt habenden Geschäfte werden gelegentlich zur Anerkennung der Forderungen veranlaßt.

Forderungen in Markirch (Colmar i. El.). Unsere Kameraden in Markirch haben unterm 3. Juli d. J. ihren Unternehmern Forderungen gestellt. Sie lauten auf zehnstündige Arbeitszeit, 48 $\%$ Stundenlohn, Regelung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit usw. Wie die Unternehmer sich zu den Forderungen stellen werden, bleibt abzuwarten.

Der Platzstreik in Dinkelsbühl (vergleiche Nr. 26 des „Zimmerer“) ist aufgehoben worden. Es war der Firma Schlatterbeck gelungen, alle Meister und Meistersöhne aus der Umgegend auf die Beine zu bringen, wodurch der Streik illusorisch wurde. Diese Braven haben im Schweige ihres Angesichts geschafft und es dem Unternehmer Schlatterbeck ermöglicht, dem Streik ruhig zuzusehen. Unter diesen Umständen erschien die Aufhebung des Streiks geboten. Unsere streikenden Kameraden sind fast sämtlich in Nürnberg in Arbeit.

Berichte aus den Zahlstellen.

Die Namen und Adressen der in die Zahlstellenvorstände gewählten Kameraden sind dem Zentralvorstande mitzuteilen, in den Versammlungsberichten werden sie nicht veröffentlicht, sondern aus bestimmten Gründen gestrichen.

Bromberg. Am 23. Juni tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Sie war auf einen Sonntag anberaumt, um vornehmlich den im Tiefbau beschäftigten Kameraden Gelegenheit zu geben, sie zu besuchen. Die Abrechnung vom ersten Quartal wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Dann kamen die Mißstände im Beton- und Tiefbau zur Sprache. Die dabei beschäftigten Kameraden sind nämlich der Meinung, daß sie nach Herzenslust Ueberstunden machen dürfen, wenn nur der tarifmäßige Aufschlag dafür gezahlt werde. Ob diese Arbeiten notwendig sind oder nicht, darauf legen sie kein Gewicht. In einem längeren Referat schilderte Kamerad Reed aus Danzig die augenblickliche Situation im Zimmergewerbe. Ganz besonders betonte er, daß die Unternehmer ein bestimmtes Interesse daran hätten, die Arbeitszeit möglichst auszudehnen, damit ihr Profit sich vergrößere. Wir hätten diesem Bestreben entgegenzuwirken; denn lange Arbeitszeit sei befallend für die Arbeiter von großem Nachteil. Schon die Tatsache, daß dem Arbeiter bei langer Arbeitszeit die Gelegenheit entzogen sei, sich weiterzubilden, daß ihm die Zeit fehle, sich mit seiner eigenen und der Lage seiner Berufsgenossen zu beschäftigen, müsse uns veranlassen, auch das Ueberstundenarbeiten auf das Mindestmaß zu beschränken, damit Zeit bliebe zur Teilnahme an Versammlungen und sonstigen bildenden Veranstaltungen. Das sei höchst notwendig, damit auch unsere Bewegung Fortschritte mache. Die Debatte war sehr lebhaft, und erhielt der Vorsitzende den Auftrag, bei den Firmen, wo länger als zehn Stunden gearbeitet wird, vorstellig zu werden, damit Abhilfe geschaffen werde. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Chemnitz. In einer Mitgliederversammlung im Volkshaus referierte Genosse Grundbe über die Genossenschaften und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften. Er charakterisierte den kapitalistischen Handel und wies an der Hand von schlagenden Beispielen die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Konsumorganisation nach. Auch führte er aus, wie die Konsumvereine, um ihren Mitgliedern alle Vorteile der genossenschaftlichen Vereinigung zu gewähren, mehr und mehr zur Eigenproduktion übergehen mußten und in der Großeinkaufsgesellschaft ebenfalls eine Organisation geschaffen haben, die, da durch sie die Bereicherung von Privatpersonen ausgeschlossen, den Mitgliedern von außerordentlichem Vorteil sei. Als Preisregulator auf dem Warenmarkt wirkte die Genossenschaft bestimmend auf einen gesunden Handel hin. Nur ein Lock kann sich heute der Mühseligkeit der genossenschaftlichen Verbindung der Konsumvereine verschließen. Am Schlusse seines Vortrages forderte Genosse Grundbe die Versammelten auf, soweit wie es noch nicht geschehen, die Mitgliedschaft des Allgemeinen Konsumvereins zu erwerben und in ihren Bekanntheitseisen ebenfalls kräftig dafür zu agitieren. Dem Referenten wurde für den Vortrag lebhaft Anerkennung zuteil. In der Diskussion über den Vortrag sprachen sich mehrere Redner im gleichen Sinne aus. Unter gewerkschaftlichen Angelegenheiten wurde unter anderem das Verhalten des Baumeisters Goller gegenüber

seinen Arbeitern, wie auch die mangelhafte Stellungnahme einiger dort beschäftigten Kameraden scharf kritisiert. Verurteilt wurde auch das Ueberstundenwesen beim Betonbau der Baubereiter-Werke, sowie bei der Firma Gotthardt. Die Nichtbefolgung der Bauarbeiterschnitzbestimmungen durch Unternehmer fand ebenfalls eine scharfe Kritik, und die Kameraden wurden aufgefordert, den Kontrollleur bei der jetzt stattfindenden Bautenkontrolle auf vorhandene Mißstände aufmerksam zu machen.

Cöpenick. Am 26. Juni fand unsere Mitgliederversammlung im Lokale von Otto Joch statt. Als Referent war Kamerad Krüpper, Berlin, erschienen. Er hielt einen Vortrag über: „Die Schädlichkeit der Affordarbeit und unser Tarifvertrag“. Die Versammlung war schlecht besucht. Bei einer so wichtigen Tagesordnung hätten sämtliche Kameraden erscheinen müssen. Einige Kameraden hatten ihre Frauen mitgebracht. Redner schilderte in vorzüglicher Weise die Affordarbeit und ihre schädlichen Wirkungen für die Arbeiter. Durch die Affordarbeit werde die Ausbeutung aufs höchste gesteigert und das Leben der Arbeiter gefährdet. Bei Affordarbeit werde auch der Tarifvertrag nur selten innegehalten. Vielfach würden die Bestimmungen, betreffend die Arbeitszeit, überschritten und auch andere Bestimmungen verstoßen. So verleihe die Affordarbeit zur Gleichgültigkeit gegen den Tarifvertrag und in der Folge auch gegen die Organisation. Dadurch wiederum leide das kameradschaftliche Verhalten, der Egoismus greife Platz und verdränge alle guten Eigenschaften. Aus allen diesen Gründen müßten die Kameraden Affordarbeit energig zurückweisen. Alle Kraft sollte auf die Stärkung der Organisation gelegt werden, wobei auch die Frauen mit-helfen müßten, damit uns das nächste Jahr auf dem Posten finde.

Frankfurt a. M. Am 25. Juni fand hier eine allgemeine Zimmererverversammlung statt, in der Kamerad Ege einen Ueberblick über die Situation auf dem Festplatz gab. Wie bei allen früheren Ausstellungen und Festen, so wurde auch jetzt beim Schützenfest die Arbeit zu spät angefangen, und dann sollen die Kameraden durch Ueberstunden die Arbeiten bis zum festgesetzten Termin fertig schaffen. Fragte man nach der Ursache der Verzögerung mit dem Anfang der Arbeiten, so erfolgte die Antwort, es fehlten Pläne und Modelle. Diesmal hatte der Vorstand die dort beschäftigten Kameraden zu einer Platzversammlung eingeladen, und es wurde beschlossen, keine Ueberstunden mehr zu schaffen. In ihrer Not wandten sich die Unternehmer an ihren Kollegen Lischer. Dieser bewirkte einen Antrag an die Schlichtungskommission, die Arbeitszeit bei den Arbeiten zum Schützenfest zu verlängern. Kamerad Ege meinte, wenn die Herren auf diese Weise eine Verlängerung der Arbeitszeit erzwingen wollten, so sei das als Tarifbruch zu bezeichnen. Unsere Aufgabe müsse es sein, den hart erlittenen Tarif in allen Punkten strikte durchzuführen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige allgemeine Zimmererverversammlung nimmt Kenntnis von dem Uebergriff des Unternehmerverbandes gegen den Tarif und weist die Annahme desselben ganz entschieden zurück. Der Vorstand wird ferner beauftragt, alle Zimmerer, die Ueberstunden arbeiten, im „Zimmerer“ und in der „Volkstimme“ zu veröffentlichen und die Sperre über die Baustelle zu verhängen.“ Im zweiten Punkt kamen Differenzen zur Sprache zwischen Ege und einem Mitgliede, das zu wenig Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhalten haben will. Die Sache wurde dem Vorstand zur Prüfung überwiesen, der in der nächsten Versammlung darüber berichten soll.

Halle a. S. In der Mitgliederversammlung am 20. Juni erklärte Kamerad Wilsdorf den Mitgliedern, aus welchen Gründen die erhöhten Beiträge gezahlt werden müssen. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte über diesen Punkt. Der Vorsitzende erläuterte die Ergebnisse von den stattgefundenen Bezirksbesprechungen. In einigen Besprechungen hatten sich die Kameraden geäußert, daß öfters solche Besprechungen stattfinden sollten, um den uns noch fernstehenden Zimmerern Gelegenheit zu geben, den Zweck und Nutzen unseres Verbandes kennen zu lernen. Darauf gab der Vorsitzende die Zusammenstellung des Stiftungsfestes durch das Komitee bekannt. Bezüglich des Bohloftbruchs zweier Kameraden aus Döblau beschloß die Versammlung, den beiden Kameraden aus gewissen Gründen bis zum 14. Juli noch Frist zu geben. Die Kameraden gaben die Erklärung ab, sich dem Beschluß der Versammlung zu fügen, falls bis dahin das Lokal der Arbeiterschaft noch nicht zur Verfügung steht. Auch gegen einen Kameraden aus Weyen liegt Beschwerde wegen Bohloftbruchs vor. Ein Antrag: die Platzdelegierten-Sitzungen mit 30 $\%$ zu entschädigen, wurde angenommen. Kamerad Eduard Lüttig wurde zum Bezirkskassierer gewählt. Kamerad Wandermann fragte an, ob Kamerad Abelang seine Schuld der Zahlstelle gegenüber begleichen hat. Der Kassierer bestätigte, daß der Kamerad erst A 6 entrichtet hat. Ein Antrag Schütze, den Kamerad Abelang zur nächsten Vorstandssitzung einzuladen, wurde angenommen.

Börsach. Unsere Mitgliederversammlung am 6. Juli war von neun Kameraden besucht. Von den vier Tagesordnungspunkten konnten nur zwei erledigt werden, weil nicht alle Zahlstellenfunktionäre anwesend waren. Die Abrechnung wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Eine längere Debatte entspann sich über die beim Zentralvorstand beantragte Stundung für drei Kameraden; nach Ansicht der Redner seien gerade diese Kameraden am besten in der Lage, ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, am 21. Juli eine halbjährliche Generalversammlung abzuhalten, um die Ergänzungswahl zum Vorstande vorzunehmen. Hierzu soll auch der Bauleiter eingeladen werden. Zu dieser Versammlung müssen alle Kameraden erscheinen; denn nur eine kurze Zeit trennt uns noch von dem großen Kampfe mit dem Unternehmertum. Zeigen wir uns unserer Aufgabe gewachsen!

Lückentalde. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 7. Juli statt. Sie hatte die Wahl eines Schriftführers vorzunehmen, da der bisherige sein Amt in schlimmer Weise vernachlässigt hat. Gewählt wurde

der stellvertretende Schriftführer, und an dessen Stelle trat ein anderer Kamerad. Dann wurde noch ein Delegierter in das Gewerkschaftsstatell gewählt. 22 Mitglieder waren anwesend.

Neujahrswitz. Am 28. Juni fand im „Gasthaus zum Kaiser“ unsere Mitgliederversammlung statt. Der Besuch war nur gering. Erst wurde der Kassenbericht erstattet und dann der Kartellbericht. Einwände wurden nicht gemacht. Unter „Verschiedenes“ besprach der Vorsitzende den Streifensfonds und die Notwendigkeit gefüllter Kassen. Der Wunsch der Unternehmer auf Sprengung unserer Kassen dürfte nicht in Erfüllung gehen, wir müßten auch im nächsten Jahre in jeder Hinsicht gerüht sein. Ueberhaupt sollten sich die Kameraden auf allen Gebieten gleich energisch betätigen und nicht nur der gewerkschaftlichen sondern auch der politischen Organisation das rechte Interesse entgegenbringen. Dann erst würden wir auch entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung erhalten und mit größerem Erfolge für Schaffung geordneter Zustände eintreten können. Ueber die Abschaffung des Sozialgesetzes soll in der nächsten Versammlung beschlossen werden. Eine längere Aussprache fand über das unkameradschaftliche Verhalten des Kameraden A. statt, der als Strohgeißel von seinem Unternehmer M. 3 pro Woche mehr an Lohn bekommt und dafür seine Kameraden schuldig ist. Es wurde bedauert, daß ein schon lange Jahre organisierter Kamerad ein solches Verhalten an den Tag legt.

Schuppenbeil. Hier herrschen noch immer recht sonderbare Zustände, obgleich der Ort schon in den siebziger Jahren von der Zimmereragitation erfaßt wurde. Hat in der Umgegend ein Zunker einen Bau aufzuführen, dann läßt er sich die „Zeichnung“ von einem „Meister“ machen. Dann hat er gewöhnlich einen „tüchtigen“ Zimmerer an der Hand und dieser schüttert nun mit einer beliebigen Zahl Landarbeitern und Knechten den Bau zurecht. Es sind ja böse Jassen, die so entstehen, aber den Zimmerern wird damit Konkurrenz gemacht. Diese ganze Bauweise würde sofort aufhören, wenn sich nicht immer wieder Zimmerer fänden, die sich dazu hergeben.

Am 14. Juli fand eine Versammlung statt, wozu alle erreichbaren Zimmerer (23) geladen waren. Von unsern 12 organisierten Kameraden waren 10 erschienen, von den unorganisierten keiner. An Stelle des Kameraden Jansel, der die Versammlung veranlaßt hatte, war Kamerad Schmidt aus Königsberg erschienen. Nachdem die Abrechnung für das zweite Quartal bekanntgegeben war, hielt Kamerad Schmidt einen Vortrag über: „Die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer Schuppenbeils und wie dieselbe zu verbessern ist“. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Die folgende Diskussion drehte sich in der Hauptsache um die zehnstündige Arbeitszeit, die durch das herrschende Ueberstundenwesen immer wieder durchbrochen wird. Durch Annahme einer Resolution erkannten die Versammelten an, daß durch das Ueberstundenwesen, das besonders die unorganisierten fröhnten und aufrechterhalten, die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer Schuppenbeils nicht so gut ist, wie sie sein könnte und müßte. Die Versammelten versprechen durch Annahme der Resolution, die zehnstündige Arbeitszeit aufrechtzuerhalten und die unorganisierten Kameraden dem Verbandsbezug zuzuführen.

Vermischtes.

Ueber seine Erlebnisse bei dem Zimmermeister C. Mundt, Neumark i. Pommern, schreibt uns ein gegenwärtig in Dresden wohnender Kamerad:

Am 25. Juni d. J. kam ich von Berlin nach Neumark zugereist, und zwar auf schriftliche Bewerbung hin. Um 9 1/2 Uhr abends fand ich im Gasthaus keine Aufnahme mehr, weil alles besetzt war. Ich war daher gezwungen, bei Zimmermeister Mundt zu logieren. Nach mehrmaligem Klopfen wurde mir die Antwort: „Melden Sie sich im Pferdebestall.“ Das tat ich. Der Kutscher, den ich erst wecken mußte, wies mir in Stall ein Lager an. Ich dachte mir, eine Nacht wird's schon gehen. Früh um 6 Uhr beginnt die Arbeitszeit. Um 8 Uhr gibt es Kaffee, nichts dazu, obwohl Herr C. Mundt „Vorkost“ zusichert. Was er darunter versteht, ist allerdings schwer zu erraten. Mittags gibt es Kartoffeln ohne jegliche Beigabe, zu Vesper Kaffee und abends Kaffee. Logis im Dorfe ist nicht zu haben, mindestens nicht für Leute, die bei C. Mundt arbeiten; denn man fürchtet, von diesen kein Geld zu bekommen, weil C. Mundt, was Lohnzahlung anlangt, nicht gerade in bestem Rufe steht. Verschiedene Kameraden sind, nachdem sie ein paar Stunden gearbeitet haben, wieder abgereist, wobei sie um ihren Lohn hart haben kämpfen müssen. Die Behandlung ist auch nicht die beste. Es ist deshalb keinem Kameraden zu empfehlen, auf die Gesuche von C. Mundt nach Neumark zu reisen; man stürzt sich nur in Unkosten.

Sterbetafel.

Kellinghusen. Am 9. Juli starb unser Kamerad J a s p a r D e l f s im Alter von 69 Jahren.
Rürnberg. Am 8. Juli starb nach schwerem Leiden unser Kamerad Valentin Kammes im Alter von 81 Jahren.



Baugewerbliches.

Risiko der Banarbeit. Durch den Einsturz eines Baugerüstes zu einem Gay-Lussac-Turm, den die Stolberger Gesellschaft auf dem Grundstück ihrer Schwefelsäurefabrik zu Münsterbusch bei Aachen aufzuführen läßt, wurden zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt. — Zu dem Werradort Altenburschla stürzte der auf einem Neubau beschäftigte 68jährige Zimmergeselle Steinmez beim Legen eines Dachbalkens infolge eines Fehltritts in die Tiefe, brach die Wirbelsäule und war sofort tot. — Vom Dach gestürzt ist in

Berlin an einem Neubau in der Prinzenstr. 49 der Zimmermann Karl Schüler aus Weiskensee. Er fiel auf das Gerüst im vierten Stock, wo gerade ein eiserner Träger lag. Hier schlug er so unglücklich mit dem Kopfe auf, daß ihm das ganze Gesicht entstellte wurde; die Nase wurde ihm fast abgerissen. Außerdem erlitt er noch schwere innere Verletzungen, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß. Der Verunglückte wurde nach der Charitee gebracht. — Ein schwerer Baunfall hat sich in Mannheim auf dem Terrain der Maschinenfabrik von Josef Bögele ereignet. Eine große Halle aus Eisenbeton, die von der Firma Wolf, Ketter & Jacobi in Straßburg gebaut wird, ist bis zum Eindecken des Daches gediehen. Als nun vier Arbeiter mit dem Einfügen einer vier Zentner schweren Fensterumrahmung in die Dachkonstruktion beschäftigt waren, kam das schwere Eisenstück ins Rutschen und fiel mit der Kante auf einen Balken, der die Gerüsthölzer trug, auf dem die Arbeiter standen. Der Tragbalken brach und drei Arbeiter stürzten aus einer Höhe von 15 m in die Tiefe. Der 33 Jahre alte Monteure Josef Keller aus Ketsch, gebürtig aus Rheinhausen, konnte nur als Leiche geborgen werden. Er war mit dem Körper auf ein Winkelisen gefallen, wodurch sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde. Der 19 Jahre alte Arbeiter Jakob Falk wurde mit schweren inneren Verletzungen bewußlos ins Allgemeine Krankenhaus gebracht und ist dort gestorben. Ein dritter Arbeiter namens Josef Gretel, ebenfalls von Ketsch, erlitt eine Magenverletzung und einen Oberschenkelbruch. Der vierte Arbeiter stand glücklicherweise nicht auf den in die Tiefe fallenden Brettern und entging so dem Abturg. — Am 9. Juli stürzte in Hamburg am Bau Damnthorstraße der Zimmerer A. Höbert vom Parterre in den Keller ab. Er erlitt einen Beinbruch und wurde ins Krankenhaus transportiert. Mangelhafte Abdeckung war die Ursache des Unfalles.

Ueber Bautätigkeit und Wohnungsmarkt schreibt die „Vossische Zeitung“:

Nachdem bisher eine Belebung der Bautätigkeit nicht zu bemerken war, setzt man in den Kreisen des Baugewerbes alle Hoffnungen auf die Herbstzeit. Die Bewegung des Beschäftigungsgrades der Bauarbeiter charakterisiert die Konjunktur: seit Februar bleibt die Relativziffer der Neueinstellungen im Baugewerbe andauernd hinter der vorjährigen zurück.

Man kann nicht einmal sagen, daß die Lage in den ganz großen Städten am unbefriedigendsten wäre. Für Berlin gibt die Baupolizei sogar höhere Gebrauchsabnahmeziffern an als im vorigen Jahre, für München, Dresden und Breslau ebenfalls. In Berlin wurden im Mai 41 Neu- und Umbauten gebrauchsfertig gegen 22 im vorigen Jahre; höchst erfreulich ist aber die Zunahme der Baugesuche (von 862 i. V. auf 939 i. d. J.), die für den Herbst eine durchgreifende Belebung erhoffen läßt. Im Mai 1910 waren nur 782 Baugesuche bei der Berliner Baupolizei eingereicht worden.

Das Plus der Neubauten in München datiert zwar noch aus den ersten Monaten des Jahres, doch hat sich die Ungunst, die plötzlich die Frühjahrszeit fürte, fast wieder gänzlich verloren, und nur noch ganz wenig steht die Bautätigkeit hinter der vorjährigen zurück. Die Schlußbesichtigungen im Mai betragen 48 (i. V. 49). Umbauten wurden doppelt soviel als 1911 fertiggestellt, und der Wohnungszugang ist noch immer groß. Wenn man bedenkt, daß im Vorjahre nur 902 und im Jahre 1910 sogar nur 460 Wohnungen in den ersten fünf Monaten neu hinzukamen, so ist der diesjährige Zuwachs von 1192 Wohnungen ziemlich hoch, und es entsteht die Frage, ob der Bedarf entsprechend wächst.

Eine tiefe Depression liegt dagegen auf dem Baugewerbe in Düsseldorf; schien sich mit Beginn des zweiten Quartals die Hoffnung auf eine Belebung zu rechtfertigen, so hat der weitere Verlauf diese wieder zerstört. Nur 102 Bauerlaubnisse waren im Mai zu erteilen (i. V. 142). Für Wohnhäuser bezifferte sich diese Summe auf nur 82 (i. V. 114), für Wirtschafts- und gewerbliche Gebäude betrug sie 20 (i. V. 25).

Zum Wohnhausbau scheint daher am wenigsten Neigung zu bestehen.

Bremens Baugewerbe vermag sich immer noch nicht von der Mattigkeit, die das ganze Jahr 1911 hindurch auf ihm lastete, zu befreien. Es könnte ja aus dem Ergebnis vom Mai geschlossen werden, daß die Unlust sich zu vertieren scheint, da nur zwei Neubauten weniger als im Vorjahre fertiggestellt wurden, die Summe aus den ersten fünf Monaten aber bleibt mit 232 so stark hinter der der Vergleichszeit 1911 und 1910 (256 resp. 355) zurück, daß noch viel fehlt, um das Versäumte nachzuholen. Empfindlich ist auch die geringe Zunahme des Wohnungsbestandes; es kamen in Bremen während der ersten fünf Monate hinzu:

Table with 2 columns: Year, and two sub-columns for 'Wohnungen mit Wohnräumen' (1910, 1911, 1912) and 'gewerblichen Anlagen' (1912 gegen 1911).

Die Zahl des Wohnungszuwachses ist seit 1910 fast auf die Hälfte reduziert; da es außerdem meist große Wohnungen sind, die im laufenden Jahre erstellt wurden, müßte das Angebot an Kleinwohnungen sehr zurückgegangen sein.

In Leipzig stagniert die Bautätigkeit seit dem Herbst; nachdem erst der Wohnungsbau daniederlag, scheint jetzt die gewerbliche Bautätigkeit abflauen zu wollen; soweit die amtlichen Ausweise reichen, hat sich wenigstens die Entwicklung in dieser Richtung bewegt. Die Zahl der Neubauten ergab nämlich folgenden Ueberschuß an

Table with 2 columns: Quarter, and two sub-columns for 'Wohnungen' (1912 gegen 1911) and 'gewerblichen Anlagen' (1912 gegen 1911).

Von Januar bis April 1910 kamen allerdings nur 770 Wohnungen und 18 gewerbliche Anlagen neu hinzu.

Von den Großstädten des Königreichs Sachsen hat überhaupt nur Dresden eine regere Bautätigkeit aufzuweisen; in Chemnitz ist vielmehr wie in Leipzig die Bautätigkeit außerordentlich gering. Den Ausschlag gab, besonders im Beginn des zweiten Quartals, die Depression im Wohnhausbau: im April zum Beispiel kamen nur 11 Wohnhäuser (i. V. 26) zur Gebrauchsabnahme, dagegen wurden 9 Geschäft- und gewerbliche Gebäude (i. V. 3) gebrauchsfertig gemacht. Der Wohnungszugang entspricht dieser Entwicklung; es kamen von Januar bis April nur 582 Wohnungen hinzu (1911: 886, 1910: 626).

Die Abnahme der Bautätigkeit in Duisburg war im Anfang des zweiten Quartals fast genau so stark wie Ende des ersten Vierteljahrs; von einer Besserung war kaum etwas zu spüren. Die gleiche Tendenz wie in Chemnitz kennzeichnet die Bautätigkeit Duisburgs; eingeschränkt wird hauptsächlich die Wohnhausbautätigkeit, während die gewerbliche Bautätigkeit nur unmerklich schwächer ist als 1911. Im ganzen wurden von Januar bis April d. J. nur 270 Bauerlaubnisse in Duisburg erteilt, 1911 waren es 333. Wohnhäuser waren an der diesjährigen Ziffer mit 139 beteiligt.

Bei einer geringen gewerblichen Bautätigkeit ist abweichend vom Gesamtgespräge in Halle a. d. S. die Neigung zum Wohnhausbau so reger, daß das Ergebnis dadurch günstig beeinflusst wurde. Es sind im April 7 Wohngebäude vollendet worden; im April 1911 waren es 1, 1910 auch nur 4. Auffällig ist dabei, daß sich im Berichtsmontat ein Mehr der durch Abbruch weggefallenen Wohnungen gegenüber den durch Neubau hinzugekommenen von 10 ergab; es müssen demnach zahlreiche Wohngebäude abgerissen worden sein. Im ganzen hat der Wohnungsbestand Halles im laufenden Jahre einen Zuwachs von 360 Wohnungen erhalten (im Vorjahre 383 und im Jahre 1910 199).

Festig war der Rückschlag gewesen, den das Baugewerbe Straßburgs im ersten Quartal erlitt, doch scheint, nach dem Beginn des zweiten Quartals zu schließen, schon wieder eine Belebung sich durchzusetzen.

Die baupolizeilichen Fertigungszahlen stellen sich in den nachbenannten Städten wie folgt:

Large table with 12 columns: City, Einwohnerzahl am 1. Januar 1911 in 1000 Köpfen, Neubauten insgesamt (1911, 1912, gegen 1911), Darunter Wohnhäuser (1911, 1912, gegen 1911), Darunter Geschäfts- und gewerbliche Gebäude (1911, 1912, gegen 1911), Wohnungszugang (1911, 1912, gegen 1911). Rows are grouped by month: Januar/Mai, Januar/April, Januar/März, Januar/Februar.

1 Bauerlaubnisse. 2 Gebrauchsabnahmen.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Zu den Kampfvorbereitungen der Arbeitgeber für das Jahr 1913. Durch Geheimzirkular vom 6. April d. J. (abgedruckt im „Zimmerer“ Nr. 17 laufenden Jahrganges) hat der Bundesvorstand den Unterverbänden genau detaillierte Anweisungen gegeben über die zu treffenden Kampfvorbereitungen für das nächste Jahr. So wurde unter anderem „den Verbänden, in deren Gebiet die Bau-tätigkeit im kommenden Sommerhalbjahr ungünstig zu werden verspricht, zur Erwägung gegeben, die Behörden, Architekten, Industriellen — im Falle durch die Zeitung — darauf hinzuweisen, daß infolge des Abbruchs der baugewerblichen Tarifverträge im März 1913 möglicherweise mit längeren Arbeitseinstellungen im Sommerhalbjahr 1913 gerechnet werden muß, daß es sich also empfehlen dürfte, die beabsichtigten Bauten schon in diesem Jahre vorzunehmen“. Diesen Weisungen ist natürlich prompt entsprochen worden, mit welchem Erfolge, läßt sich allerdings bis jetzt wohl kaum beurteilen. Allein nicht überall wird den dreifachen Zumutungen der organisierten Scharfmacher entsprochen. So hat zum Beispiel der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in der Amtshauptmannschaft Lößau i. S. auch Mißerfolge aufzuweisen. Er war aufs Ganze gegangen und hatte den direkten Weg gewählt, indem er durch Rundschreiben an die Gemeinden diese auf-forderte, für das nächste Frühjahr geplante Bauten noch in diesem Jahre ausführen zu lassen oder sie auf das Ende des nächsten Jahres zu verschieben, und zwar aus den oben erwähnten Gründen.

In Neugersdorf gelangte das Rundschreiben im Gemeinderat zur Erörterung. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nahmen natürlich die Gelegenheit wahr, das dreiste Verlangen der baugewerblichen Scharfmacher ins rechte Licht zu rücken. Sie kritisierten scharf, daß man von der Gemeinde verlange, daß sie sich einseitig für die Interessen der Unternehmer in einem wirtschaftlichen Kampfe verwenden sollte. Die Unternehmer sollten nur ihren starkköpfigen Standpunkt aufgeben und versuchen, einen friedlichen Ausgleich der gegenseitigen Wünsche herbeizuführen. Von den bürgerlichen Vertretern trat denn auch niemand für die Unternehmer ein. — Das wird die baugewerblichen Unternehmer aber kaum abhalten, anderwärts mit der gleichen Dreistigkeit vorzugehen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover ist beendet. Damit sind zugleich die Sympathieaussperrungen in Magdeburg und Halle aufgehoben. Ursache der Aussperrungen waren die Forderungen der Metallarbeiter in Hannover, die auf Verkürzung der Arbeitszeit von 59 auf 54 Stunden pro Woche lauteten oder neun Stunden täglich, und als Ausgleich für alle im Lohn beschäftigten Arbeiter eine Lohnerhöhung von 5 % pro Stunde. Wo die 5 % als Ausgleich nicht ausreichten, sollte der Stundenlohn um soviel erhöht werden, daß der frühere Wochenverdienst erreicht werde. Diese Forderungen wurden den einzelnen Werken unterbreitet, nachdem eine Verhandlung mit dem Verein der Metallindustriellen von diesem rundweg ausge schlagen wurde, unter der Motivierung, daß die Festsetzung der Arbeitszeit den einzelnen Werken vorbehalten bleiben müsse. Die Metallarbeiter durften mithin erwarten, daß der Verein der Metallindustriellen einer eventuellen Regelung mit den einzelnen Werken nicht in den Weg treten werde. Allein diese Hoffnung erwies sich als trügerisch; denn kaum wurde der Versuch unternommen, in einzelnen Betrieben die Forderungen durchzusetzen, da erhielten die Firmen Anweisung, daß niemand die Wünsche der Arbeiter erfüllen dürfe. Dennoch kam es in mehreren Betrieben zu einer Verständigung. Wo eine solche mißglückte, wurde zur Arbeitseinstellung geschritten. Dadurch wurde der Verein der Metallindustriellen auf den Plan gerufen, der, wie in fast allen Fällen, durch die Androhung einer allgemeinen Aussperrung die Arbeiter zu veranlassen versuchte, von der Erfüllung ihrer Forderungen abzusehen und die Streiks aufzuheben. Nach einer Bekanntmachung im „Hannoverschen Courier“ waren die Metallindustriellen geneigt, in den Betrieben mit mehr als neunundfünfzigstündiger Arbeitszeit eine Verkürzung auf 57 Stunden pro Woche zuzugestehen unter entsprechendem Lohnausgleich für die Stundenlohnarbeiter. Anstatt nun mit den Metallarbeitern in Verhandlungen zu treten und eine Verständigung anzubahnen, ordnete der Verein der Metallindustriellen die Aussperrung an; erst in Hannover, weiterhin in Magdeburg und Halle. Nach mehrwöchiger Dauer der Aussperrung kam es am 22. Juni zu Verhandlungen. Ihr Ergebnis war aber ein so mageres, daß es von den Metallarbeitern abgelehnt wurde. Die Metallindustriellen bestanden aber vor allem darauf, daß die wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden betragen und eine Kürzung nur am Sonnabend eintreten solle, während an den andern Tagen elf Stunden gearbeitet werden müsse. Von den Arbeitern wurde auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bestanden. Am 27. Juni fanden erneut Verhandlungen statt, die aber ebenfalls ein Resultat nicht zeigten. Inzwischen hatten aber die Versammlungen der Arbeiter ihre ursprünglichen Forderungen reduziert, und zwar auf 56 Stunden pro Woche, doch legten sie nach wie vor das Schwergewicht auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Auch die von den Unternehmern in weiteren Verhandlungen am 1. Juli formulierten Vorschläge lehnten die Arbeiter als unbefriedigend ab. Die Verhandlungen wurden aber fortgeführt, und nunmehr ist, wie eingangs erwähnt, der Kampf zu Ende gekommen. Nach den am 12. Juli geführten Schlussverhandlungen haben die Friedensbedingungen folgenden Wortlaut:

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Am 1. Juli 1913 wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 1/2 Stunden verkürzt ohne weiteren Lohnausgleich.
2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 %.
3. Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung wird eine Verständigung in den einzelnen

Werken zwischen den Unternehmern und den Arbeitern herbeigeführt werden.

4. Es wird volle Koalitionsfreiheit gegenseitig gewährleistet. Jede Agitation im Werke ist untersagt.

5. Die Aufhebung der Aussperrung und die Wiederaufnahme der Arbeit in den hannoverschen Betrieben wird davon abhängig gemacht, daß der Streik in sämtlichen bestreikten hannoverschen Firmen vorbehaltlos als beendet erklärt wird und die Sperren gegenseitig aufgehoben werden.

Die Arbeiter sollten sich am 15. Juli in den Fabriken melden und wird die Arbeitsaufnahme am 16. Juli erfolgt sein.

Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung soll eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeigeführt werden. Wo es nicht zu einer Verständigung kommt, wird vorläufig die von den Unternehmern gewünschte Verteilung vorgenommen. Drei Monate nach Wiederaufnahme der Arbeit soll jedoch durch eine Abstimmung der gesamten Belegschaft, zu der auch die von der Verkürzung betroffenen Verwaltungsbeamten zu zählen sind, der Wunsch der Majorität nachgegeben sein. Ausschlaggebend sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel.

Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Betriebs- und Bedarfsverhältnisse der Werke. Bei der Einstellung sollen die Arbeiter, soweit wie möglich, ihre alten Arbeitsplätze wieder erhalten. Die Einstellung hat dezent zu erfolgen, daß zunächst alle vor dem Streik und der Aussperrung beschäftigten Arbeiter der Betriebe eingestellt werden, soweit sie sich bis zum Mittag des 15. Juli gemeldet haben. Dann erst kommen bei weiterem Bedarf fremde Arbeiter in Frage. Es darf keinerlei Belästigung arbeitswillig gebliebener, inzwischen neu eingestellter oder streikender oder ausgesperrter Arbeiter vorkommen. Jede derartige Belästigung wird nach der Arbeitsordnung bestraft, gegebenenfalls durch Entlassung. Bis zum 5. August können die Arbeiter an ihre alte Arbeitsstätte ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises zurückkehren. Vom 6. August ab tritt der Arbeitsnachweis für alle Arbeiter wieder in seine Wirksamkeit.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Behandlung der bedauernswerten Unfallkrüppel! Durch die Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzte werden die Unfallverletzten alltäglich rücksichtslos behandelt und in geradezu unerhörter Weise die Rentenqueisungen versucht. Die Arbeitersekretariate können diese Dinge alltäglich beobachten, wie immer neue Methoden gegen die Rentenempfänger zwecks Entziehung oder Kürzung der Renten herausgefunden werden. Hierzu finden sich leider Nerzte, die sich zu diesem „Dienst“ den Berufsgenossenschaften zur Verfügung stellen, was man kaum erwarten sollte! Aber auch hier scheint Geld und abermal's Geld die Hauptfrage zu sein, denn sonst könnte man solche Gutachten nicht den Berufsgenossenschaften zur Verfügung stellen. Nachstehender Rentenempfänger dürfte unsern Lesern wiederum erneut den Beweis für vorstehende Behauptungen erbringen, weshalb er hier wiedergegeben sei.

Der Metallarbeiter P. in Bündeheim (Harz) hatte am 21. August 1909 im Betriebe der „Muthildenhütte“-Harzburg eine Quetschung des rechten Fußgelenks erlitten. Infolge anschließender Blutvergiftung mußte der rechte Unterschenkel bis 18 cm unter dem Knie amputiert werden. Der behandelnde Arzt Dr. D. hatte infolge der Schwere der Verletzung und deren bedauernswerten Folgen für P. 80 pZt. Rente befürwortet beziehungsweise begutachtet! Trotzdem gewährte aber die Nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft — Sektion VI — zu Braunschweig dem Verletzten nur 70 pZt. Rente, womit sich P. in seiner Unwissenheit zufrieden gab.

Am 1. April 1911 sollte nun P. auf Grund eines Vertrauensarztgutachtens des Dr. Haake in Braunschweig die Rente auf 60 pZt. herabgesetzt werden, wogegen der Verletzte Klage erheben ließ. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Braunschweig holte auf Antrag ein Obergutachten von Herrn Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Sprengel-Braunschweig ein, welches zugunsten des Verletzten ausfiel, so daß die Berufsgenossenschaft zur Weiterzahlung der 70 pZt. Rente verurteilt wurde. Aber — der Appetit kommt bekanntlich beim Essen — hiergegen beschrift genannte Berufsgenossenschaft das Rekursverfahren beim Reichsversicherungsamt zu Berlin. Zur Begründung wurde das Vertrauensarztgutachten herangezogen und weiter Behauptungen wider den Verletzten betreffs seiner nach dem Unfall verrichteten Tätigkeit aufgestellt, die nicht zu beweisen waren! Wörtlich sagte sie in der Rekursbegründung unter anderem folgendes:

„Die von Dr. D. und Prof. Dr. Sp. getroffenen Schätzungen würden angemessen sein, wenn es sich um eine Amputation des verletzten Beines im Oberschenkel handelte. Der Verletzte besitzt aber noch ein 18 cm langes Stück vom Unterschenkel und ein gutes bewegliches Kniegelenk, was für den Gebrauch des künstlichen Beines von erheblicher Bedeutung ist. (?) Die angebliche Empfindlichkeit des Stumpfnosens, die nur beim Druck auf den Knochenquerschnitt besteht, ist auch nach Ansicht des Dr. med. Haake im vorliegenden Falle von untergeordneter Bedeutung, weil das künstliche Bein gut sitzt und seinen Stützpunkt im Oberschenkel hat. Diese Annahme steht zwar mit der Meinung des Obergutachters im Widerspruch, ihre Richtigkeit wird aber dadurch bewiesen, daß der Verletzte acht Wochen lang imstande gewesen ist, als Nachwächter und Verladener zu gehen usw.“

Der Verletzte konnte aber wegen der Empfindlichkeit des Stumpfes nichts beginnen! Er hatte nie als Verladener nach dem Unfall gearbeitet, sondern hatte nur in einer Fabrik versuchsweise einige Wochen den Wächterposten versehen wollen, was ihm aber nicht möglich war, sondern zur Aufgabe zwang! Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Sprengel sagte auf Grund seiner Nachuntersuchung bestätigend als Obergutachter unter anderem folgendes:

„Der objektive Befund ergibt, daß der Stumpf noch heute empfindlich ist, so daß P. sich mit demselben im Stelzfuß nicht aufstützen kann. Solche Leute können ihr künst-

liches Bein nur unvollkommen dirigieren, können schlecht Treppen, überhaupt nicht Leitern steigen, können nicht niederknien, müssen am Stock gehen; sie können — mit einem Wort — nur unter ganz besonderen Glücksfällen einmal eine passende Tätigkeit finden. De facto sind sie in den meisten Fällen überhaupt erwerbsunfähig, schon weil niemand ihnen Arbeit gibt. Das alles läßt sich auch bei P. zur Evidenz erweisen, und ich meine, es muß unter allen Umständen dafür sprechen, daß die Rente mit 70 pZt. heute und voraussichtlich dauernd keineswegs zu hoch abgeschätzt ist. Die Besserung — auch die Gewöhnung — ist m. E. nicht erwiesen usw.“

Diese Ansicht vertrat auch das Reichsversicherungsamt, indem es dem Verletzten am 24. April 1912 die 70 pZt. Rente zusprach und den Rekurs der Berufsgenossenschaft mit Dr. H. S. „Begutachtung“ zurückwies. Dem Vertrauensarzt ist ja vom Prof. Sp. sehr gut „heimgeleuchtet“ worden in den vorstehend zitierten Gutachteraussagen! Nicht minder wird er in der Begründung des Reichsversicherungsamts „abgeschüttelt“, worin es unter anderem wörtlich heißt: „Nach dem Gutachten des Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Sprengel in Braunschweig vom 19. Mai 1911 ist der Stumpf trotz geschlossener und lediglich gut gebildeter Narbe noch deutlich empfindlich. Während aber Dr. Haake diese Empfindlichkeit als bedeutungslos ansieht, weiß Prof. Dr. Sprengel nach, daß sich der Kläger mit dem Stumpfe im Stelzfuß nicht aufstützen kann und sich beim Gehen mit seinem gut passenden künstlichen Beine noch zur Unterstützung eines Stodes bedienen muß. Hieraus ist zu ersehen, daß sich der Kläger an das erst Ende Februar 1910 angelegte künstliche Bein noch nicht in ausreichendem Maße gewöhnt hat usw.“

Ob diese Lektion diesen Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft in seinen „Begutachtungsmethoden“ bessern wird, dürfte zweifelhaft sein! So aber wie dieser urteilt, urteilen leider alle Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften! Keiner bekümmert sich um die im kapitalistischen Betriebe zu Krüppeln gewordenen Arbeiter, sondern hier gilt nur, die „Quetschungsfrage“ zu lösen seitens dieser Vertrauensärzte! Selten urteilen aber auch Professoren so, wie es hier Prof. Sprengel einmal getan hat als Obergutachter! Nicht genug damit, daß die Berufsgenossenschaft den Verletzten um 10 pZt. Rente von Anfang an benachteiligte, die der Verletzte infolge seiner Unkenntnis hin-nahm, sondern hier wird nach ganz kurzer Zeit nochmals versucht, weitere 10 pZt. Rente diesem Krüppel zu nehmen! Kein Mittel ist zu schlecht, um gegen eventuell günstig urteilende Obergutachter anzukämpfen! Dieses wurde durch die Behauptungen betr. der verrichteten Arbeit als Verladener usw. hier versucht, und Dr. S. sekundierte mit „bedeutungsloser“ Empfindlichkeit des Stumpfes! Da hinzu kommt dann noch das bekannte „Gewöhnungsmoment“, welches hier allerdings rechtzeitig vom Prof. Sprengel abgetan wurde! Wie viele Verletzte aber wissen keinen Rat, um sich gegen diese Methoden helfen zu können, wie es hier der Verletzte anfangs auch nicht getan hatte, später allerdings von seinen Mitarbeitern belehrt wurde. Mögen daher vorstehende Zeilen beachtet und helfend stets den Betroffenen zur Seite gestanden werden. Nur dann kann es möglich sein, diese Methoden öffentlich an den Pranger zu stellen und unter Umständen auch im Interesse dieser Unfallkrüppel eingegriffen werden, wozu jeder Arbeiter moralisch diesen Armen gegenüber verpflichtet sein dürfte. R. V.

„Unfallneurose“ — „Rentenneurose“. Mit dem Wort „Unfallneurose“ (auch „traumatische Neurose“ genannt) bezeichnet man Nervenleiden, die sich infolge eines Betriebsunfalles entwickeln.

„Rentenneurose“ nennen die Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzte diejenigen nervösen Beschwerden, die durch einen „unberechtigten Kampf um die Rente“ entstehen, zu dem der Verletzte nicht „gezwungen“ wird. Viele Nerzte, nicht nur Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften, sind leider schnell bei der Hand, alle nervösen Beschwerden der Unfallverletzten auf den sogenannten „unberechtigten Kampf um die Rente“ zurückzuführen.

Auch das Reichsversicherungsamt Berlin hat in dieser Frage Entscheidungen gefällt, die Nervenärzten Anlaß zur Kritik geben. In der „Sammlung zwangloser Abhandlungen aus dem Gebiete der Nerven- und Geisteskrankheiten“, IX. Band, Heft 1 (Verlag Karl Marhold, Halle an der Saale) kritisiert Herr Professor Ernst Schulze-Greifswald einige Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes. In einem vom Herrn Professor angeführten Falle hatte ein Arbeiter infolge Betriebsunfalles eine Zerreißung der Rückenmuskeln in der rechten Lendengegend erlitten. Später traten Zeichen einer traumatischen Neurose hinzu, die nach den ärztlichen Gutachten „zwar nicht unmittelbar, aber infomeren mittelbar auf den Unfall zurückzuführen sei, als der Kampf um die Rente ein wesentliches Moment für die Entwicklung des Nervenleidens gebildet habe“. Die Gutachter wie auch das Schiedsgericht nahmen einen ursächlichen Zusammenhang des Nervenleidens mit dem Unfall an. Anders das Reichsversicherungsamt. Es erklärte am 20. Oktober 1902 (Kompaß, Band XVI, Seite 179):

„Denn nicht der Unfall als solcher wird in dem Gutachten als wesentliches Moment für die Entstehung der Hysterie erachtet, sondern vielmehr der Kampf um die Rente. Ist aber danach im wesentlichen nur der ein gebildete, einer rechtlichen Grundlage entbehrende Anspruch des Klägers auf eine Rente die Ursache für die Entstehung und Entwicklung der Hysterie, so liegt ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Unfall nicht vor. Ein solcher wäre unbedenklich anzunehmen, wenn der Unfall an sich, zum Beispiel durch eine dabei erlittene Nervenreizung oder Nervenerschütterung zur Entwicklung eines Nervenleidens geeignet gewesen wäre oder sonst der Unfall selbst und dessen Folgen zur Entstehung und Entwicklung eines Nervenleidens wesentlich beigetragen hätte; ein ursächlicher Zusammenhang kann aber nicht schon dann angenommen werden, wenn der Unfall selbst als wesentliches Moment für die Entstehung des Nervenleidens nicht in Betracht kommt, sondern wenn, obgleich von dem Unfall körperliche Folgen, welche die Erwerbsfähigkeit beeinträchtigen, nicht mehr vorhanden sind, der Verletzte sich nur einbildet, noch einen Un-

sprach auf Rente zu haben und dann deshalb, weil diesem eingebildeten Anspruche die rechtliche Anerkennung verweigert bleibt, durch die Bemühungen um Durchsetzung des vermeintlichen Anspruchs ein Nervenleiden zur Entwicklung gelangt. Nicht der Unfall und dessen Folgen sind dann die Ursache des Nervenleidens, sondern die Bemühungen und der Kampf um Durchsetzung eines vermeintlichen, aber nicht zu Recht bestehenden Anspruches auf eine Rente."

Vier Jahre vorher, 1898, hatte das Reichsversicherungsamt die Frage, ob das durch den Kampf um die Rente entstandene Leiden zu entschädigen sei, bejaht. Nach der Entscheidung vom Jahre 1902 nimmt das Reichsversicherungsamt bei Entstehung eines Nervenleidens erst dann einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall an, wenn derselbe vielleicht durch seine "Schwere" (Nervenreizung, Nervenerschütterung usw.) zur Entwicklung des Nervenleidens geeignet gewesen ist.

Professor Schulze hält diese Ansicht des Reichsversicherungsamtes für falsch. Denn die Annahme, daß zwischen der Größe der Verletzung und der Schwere der durch sie gefügten Schäden bestimmte Beziehungen bestehen müssen, treffe für psychische und nervöse Störungen nicht zu. "Die durch den Unfall bedingte Verletzung braucht nicht notwendig mit einer "Nervenreizung oder Nervenerschütterung" verbunden zu sein, um zur Entwicklung eines Nervenleidens geeignet zu werden". Auch sei es falsch, wenn eine durch den Unfall bedingte Verschlimmerung der Neurose deshalb ausgeschlossen wird, weil unmittelbare Folgen der Verletzung nicht mehr nachweisbar seien oder weil diese verheilt sind; denn die Neurose ist weder in ihrer Entstehung, noch in ihrer Entwicklung an solche grobsinnliche Prozesse auf der Körperoberfläche gebunden. Ueber den Verlauf der Neurose entscheidet vielmehr die psychische Verfassung des Verletzten. Da weiter auch bei einer leichten Neurose mit der Möglichkeit einer Verschlimmerung gerechnet werden muß, so wird die Tatsache, daß überhaupt eine Verschlimmerung der Unfallneurose eingetreten ist, noch nicht zu dem Schluß zwingen, das ungewöhnliche Ereignis diese herbeigeführt haben müssen."

Nach Ansicht des Professors ist die reine Renten-neurose nicht so häufig, wie vor allem die Berufsgenossenschaften unter dem Einfluß der Reichsversicherungsamtsentscheidungen annehmen. Verschlimmert sich eine bereits vorhandene Neurose durch die mit dem Kampf um die Rente verbundenen Aufregungen, so ist Herr Professor Schulze nicht recht erfindlich, "wie man dann angeben will, wieweit die durch die Neurose herbeigeführte Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit auf den Unfall zurückzuführen ist und wieweit der Kampf um die Rente schuld ist. Die Abschätzung des Grades der Erwerbsfähigkeit sei in vielen Fällen traumatischer Neurosen mehr oder weniger "gefühlssache". Der Professor bezeichnet den Standpunkt des Reichsversicherungsamtes, nach dem die Folgen des Kampfes um eine unberechtigte Rente nicht als Unfallfolge aufzufassen ist, prinzipiell zwar für berechtigt, aber für die Praxis sehr bedenklich. Seiner Ansicht nach lassen sich Unfall- und Renten-neurose überhaupt nicht trennen. Ein Unterschied bestehe zwischen den beiden Neurosen nur insofern, als naturgemäß der Kampf um die Rente bei dem langsamen Arbeiten der Instanzen erst einige Zeit nach dem Unfall Schaden setzt, während die traumatische Neurose schon eher in die Erscheinung treten und oft genug sich unmittelbar an den Unfall anschließen kann. Die Meinung des Herrn Professor Schulze geht dahin, daß an vielen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes vom psychiatrischen Standpunkt aus Kritik geübt werden muß. Schuld hieran seien aber weniger rechtliche, als vielmehr ärztliche Gesichtspunkte. Es sei bedenklich, daß so wenige Gutachter die Grenzen ihres eigenen Wissens kennen und daß fast jeder Arzt glaubt, über schwierige Fälle von traumatischer Neurose urteilen zu dürfen. Vor allem müßten die studierenden Ärzte vor zu schneller Annahme einer Simulation gewarnt werden.

Steinbrecher-Braunschweig.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" ist soeben das 41. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine parlamentarische Improvisation. Von G. Ledebour. — Massenaktion und Revolution. Von Anton Pannetier. — Zur Frage der Goldproduktion und Teuerung. Von Spectator. — Hochmal Italiens Wehrkraft. Von Hugo Schulz. — Wie Kleinbauern leben! Von Ernst Andree. — Literarische Rundschau: Josef Straffer, Der Arbeiter und die Nation. Georg Escherich, Im Lande des Negus. Max Dehler, Geschichte des deutschen Ritterordens. Dr. v. Ullrich, Die Besitzverhältnisse der Tatarenbauern im Kreise Simferopol. — Notizen.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 $\frac{1}{2}$. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom "Wahren Jacob" ist soeben die 15. Nummer des 29. Jahrgangs erschienen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 $\frac{1}{2}$. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 20 des 22. Jahrgangs zugegangen. Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 $\frac{1}{2}$. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellschein 55 $\frac{1}{2}$, unter Kreuzband 85 $\frac{1}{2}$. Jahresabonnement M. 2,60.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 5 des siebten Jahrgangs, Juli 1912. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Das Fachblatt für Holzarbeiter

erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen M. 1 pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungenstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C2, Neue Friedrichstr. 2. Einzelhefte werden zu 50 abgegeben.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das "Correspondenzblatt der Generalkommission" für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei.

Bekanntmachungen

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. S. Nr. 2 in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St. Postadresse: Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer, Hamburg 22.

Vom 1. Juni bis 1. Juli 1912 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen:

- Mitgliedsliste mit Ortsnamen und Beitragsbeträgen: Ahrensbüttel M. 61, Alt-Drewitz 100, Altdorf 112, Alt-Glienick 170, Alt-Gloßow 119,06, Augsburg 100, Baugen 100, Belgig 96,30, Berlin VIII 800, Birkenwerder 170, Brandenburg 100, Bremen 600, Breslau 100, Briesen 90, Brühl 100, Brunsbüttel 150, Buchow 36,44, Calden 170, Cammer 120, Cammin 50, Celle 200, Charlottenburg 300, Cöln 100, Cöpenick 500, Danzig 150, Dresden I 200, Duisburg 100, Düsseldorf 200, Ebsdorf 100, Erfurt 150, Frankfurt a. M. 50, Fürstengrund 100, Fürstwalde 150, Gelsenkirchen 60, Genfmar 145, Görtz 150, Großenritte 100, Groß-Lichterfelde 50, Groß-Neuendorf 150, Groß-Zimmern 150, Großzschachwitz 150, Hagenow 177, Halle 350, Hamburg 200, Hamburg-Barmbeck I 400, Hamburg-Gimsbüttel 500, Hamburg-Eppendorf 500, Hamm 3, Hammer 160, Hannover 200, Hannover-Linden 100, Harburg 400, Heilbronn 100, Hermsdorf 100, Hildesheim 85, Hirschberg 300, Hockenheim 85, Jena 75, Jüterbog 50, Karlshöhe 135, Rempen 80, Köpchenbroda 127,90, Langenbielau 150, Langendiebach 100, Lehnin 211,17, Leipzig III 150, Lichtenberg 500, Liegnitz 99,55, Lübeck 500, Ludwigshafen 70, Mahlsdorf 290, Memel 80, Meseritz 200, Militzsch 148,54, Moers 22,50, Mühlheim a. Rh. 70, Neuanpach 150, Neuenhagen 100, Neustadt 90, Neustadt 400, Neumünster 100, Niendorf 150, Nordenham 175, Nowawes 350, Nürnberg 100, Pantow 200, Penzig 60, Pinneberg 200, Posen 600, Pringlaff 134,47, Pyritz 90, Rastenberg 50, Reinfeld 60, Rhäsa 127,39, Rimpar 60, Rothewühl 65, Sachwitz 60, Samter 49,94, Sand 80, Scheußitz 25, Schwartzau 120, Schwerin 200, Sohland 39, Steinbeck 200, Stolp 80, Stralsund 100, Straßburg i. d. Uckermark 60, Stuttgart 60, Sulingen 100, Swinemünde 52, Syle 60, Tefsin 50, Teterow 170,12, Thorn 60, Trier 12, Vegeack 150, Wandlitz 20, Warin 40, Wedel 162,69, Wehrden 48, Weimar 150, Weinböhla 100, Werder 100, Wieblingen 80, Wilhelmshagen 100, Wilsdruff 45, Wismar 100, Wismar 100, Worbis 65, Worms 90, Zellin 140. Summa M. 19640,07.

Zuschuß erhielten vom 1. Juni bis 1. Juli 1912 die örtlichen Verwaltungen: Altdorf M. 150, Beek 50, Berlin III 600, Berlin IV 400, Bischofshausen 120, Brühl 50, Culmssee 100, Dackenhuden 100, Dortmund 50, Effen 100, Feuerbach 200, Freiburg 100, Frieda 95, Glowno 100, Göttingen 150, Hamburg 413,75, Hamburg-Barmbeck II 265, Hamburg-Gimsbüttel 41,15, Hamburg-Eppendorf 30, Heidelberg 270, Heidingfeld 100, Hemelingen 40, Hohenwestedt 100, Kaiserlautern 50, Raff 80, Leipzig I 100, Mainz 80, Mannheim 200, Mellnau 40, Meß 220, Mölln 300, Offenbach 67,05, Oranienburg 200, Pasewalk 100, Pflitz 100, Radolstadt 100, Schnebeck 300, Segeberg 120, Spandau 300, Steglitz 200, Storm 150, Velten 50, Wandshöhe 8,75, Weiskensee 75, Wilmerdorf 100, Würzburg 300, Zuffenhausen 100. Summa 6965,70. Die Generalversammlung wird voraussichtlich im September dieses Jahres stattfinden. Der Vorstand.

Abrechnung

vom Agitations- und Unterstützungs-Fonds der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. S. Nr. 2 in Hamburg)

vom 1. April bis 30. Juni 1912. Einnahme.

- Rassenbestand am 1. April 1912 M. 4029,35. Nachen 40, Altdamm 40, Alt-Drewitz 1,90, Altdorf 3,40, Altdorf 2,10, Arnstadt 40, Augsburg 4,80, Baugen 20, Beek 80, Belgig 90, Berlin 42,80, Bielefeld 2,50, Bödingen 50, Bornstedt 1,70, Brelingen 80, Bremen 50, Breslau 80, Brunsbüttel 90, Bunsau 1,70, Cassel 3, Celle 3,60, Charlottenburg 2,30, Chemnitz 90, Cöpenick 3,10, Colmar i. El. 1,40, Culmssee 60, Danzig 60, Diesbar 90, Doberan 10, Dackenhuden 1,20, Dortmund 50, Dresden I 1,40, Dresden II 2,30, Dresden III 50, Duisburg 2, Düsseldorf 2, Ebsdorf 90, Elbing 1,50, Effen 2,60, Festenberg 20, Flensburg 3,90, Freiburg 2,50, Friedrichshagen 50, Fürstengrund 50, Fürstwalde 1,50, Geesee 1,70, Geesthacht 1,60, Gelsenkirchen 20, Göttingen 50, Görtz 2, Groß-Flottbek 40, Großharthau 30, Großzschachwitz 1,70, Gurzhagen 1,80, Hagenow 1,80, Hamburg 6,10, Hamburg-Barmbeck I 5,10, Hamburg-Barmbeck II 4,90, Hamburg-Gimsbüttel 1,50, Hamburg-Eppendorf 1,70, Hameln 70, Hanau 1, Heidingfeld 3,30, Heilbronn 3,50, Hildesheim 1,60, Hohenleina 50, Höllebruck 1,90, Jena 1,30, Jüterbog 1, Raff 1,10, Kallberge 1,20, Kiel 60, Kolzig 50, Königshagen 2, Königstein 1, Köpchenbroda 20, Langenbielau 4,40, Lauenburg 90, Lichtenberg 2,70, Lübeck 1,50, Lützenwalde 50, Lüneburg 20, Magdeburg 1,30, Mannheim 2,50, Mariendorf 40, Marköbel 2,90, Meisen 50, Mellnau 1,10, Memel 1,30, Meseritz 2,50, Militzsch 80, München 11,70, M.-Glabbach

- 1,20, Münster 50, Neufölln 19,80, Niederchönbhausen 80, Niendorf 20, Ober-Schönebeck 70, Ohlau 20, Oranienburg 40, Peisterwitz 90, Porzheim 1,20, Pirnasens 50, Pirna 1, Posen 2,70, Potsdam 4,90, Rastenberg 4,30, Rathenow 2,40, Reichensachsen 2,60, Reinfeld 1,60, Reinickendorf 20, Rendsburg 30, Rhäsa 2,30, Rostock 2,50, Rothenburg 30, Ruhrtort 50, Rummelsburg 3,30, Saarbrücken 1, Sachwitz 1,60, Samter 90, Scheußitz 50, Schöneberg 3,90, Schönlanke 30, Schweda 2,10, Schwedt 1,90, Segeberg 40, Sems 2,60, Speyer 60, Staffurt 70, Stolp 50, Stuttgart 2,90, Sulingen 1,40, Tilsit 40, Untertürkheim 30, Velten 50, Wandlitz 60, Wedel 5,50, Wehrden 3,90, Weimar 50, Weinböhla 50, Weiskensee 20, Wieblingen 10, Wiesbaden 30, Wilsdruff 60, Winkdecken 2,50, Wipfen 90, Wittenberg 50, Zeitz 80; ohne Abrechnung eingegangen: Birkenwerder 2,50, Chemnitz 13, Einzelzahler 10, Lehnin 2,70, Nürnberg 1,70, Rhäsa 3, Verband freier Krankenkassen 11,60, Zittau 1,50. Summa M. 4367,76.

Ausgabe.

- Rilian-Gurzhagen M. 5, Kalfosen-Potsdam 20, Neufölln-Hagenow 5, Baack-Mathenow 5, Wies-Hanau 20, Auer & Co. für Karten 39, Knoefel-Hamburg 5, Seidel-Wandsbeck 5, Petersdorf-Schöneberg 5, Fuchs-München 5, Radtke-Neufölln 15, Frau Gruse-Berlin 30, Bastian-Berlin 12,80, Frau Lange-Stettin 25, Boell-Neufölln 25, Köppen-Bornstedt 5, Jakobson-Flensburg 5, Meierin-Kiel 5, Frau Höfer-Heilbronn 38, Bungart-Hamburg 12, Linau-Hamburg 5, Frau Puffe-Hamburg 25, Verein Edmundshilf 5, Kante-Langenbrügge 12, Zimmern-Potsdam 39, Jante-Wilhelmsburg 19, Frau Barthel-Heidingfeld 25, Kehler-Freiburg 31, Sellmann-Barmbeck I 3, Frau Wagner-Meß 36, Duvenstetter-Vochum 25, Dettler-Luma 10, Porto laut Buch 6,62, Rassenbestand am 1. Juli 1912 3839,33. Summa M. 4367,76.

Revidiert und richtig befunden durch Wilh. Baade.

Zur Beachtung für die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Die bereits auf den Monat Mai einberufene Generalversammlung der Zentralkrankenkasse ist bekanntlich auf später verschoben; es ist daher jetzt noch Gelegenheit geboten, Anträge auf Umwandlung unserer Kasse in eine Zuschußkasse zu stellen. Inwieweit das bereits geschehen ist und ob schon greifbare Vorschläge, betreffend Pflichten und Rechte der Mitglieder, gemacht sind, entzieht sich meiner Kenntnis, da der Vorstand solche Anträge bis jetzt weder veröffentlicht noch den Delegierten zur Kenntnis gebracht hat. Da voraussichtlich ein großer Teil der Delegierten von der Umwandlung der Kasse in eine Ersatzkasse nichts wissen will, ist es nur von Vorteil, wenn auf der Generalversammlung mit praktischen Vorschlägen aufgewartet werden kann. Bei einer eventuellen Ablehnung der Umwandlung in eine Ersatzkasse muß gleich ein neues Statut geschaffen werden, welches die Pflichten und Rechte der Mitglieder umgrenzt, unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen.

Zur Schaffung einer Zuschußkasse möchte ich hier einen Vorschlag machen, der in den Zahlabenden respektive Versammlungen zur Diskussion zu stellen wäre. Ich denke mir einen Wochenbeitrag von 50 $\frac{1}{2}$ für alle Mitglieder, auch in Zeiten der Krankheit, unter Bezug eines Krankengeldes von M. 2 pro Tag respektive M. 12 pro Woche. Ferner ein einheitliches Sterbegeld von M. 100 pro Todesfall. Alle sonstigen Vergünstigungen, wie ärztliche Behandlung, Medikamenten, Krankenhausbehandlung usw. auf Kosten der Kasse, kämen in Wegfall.

Gestützt auf die zahlen Angaben des Vorstandes in seiner letzten Jahresabrechnung (mehrere solcher stehen mir leider nicht zur Verfügung) möchte ich folgende Rechnung aufstellen:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe' sections with various financial entries and a final sum of M. 491500.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe' sections with various financial entries and a final sum of M. 453621.

Es käme also hierbei noch ein Ueberschuß von M. 37 879 heraus. Die Verwaltungskosten sind in gleicher Höhe wie bei der bisherigen Kasse beizubehalten; sie betragen 13 pSt. der hier zugrunde gelegten Einnahme und dürften sich bei der Zuschußkasse wahrcheinlich um etwas verringern. Als Reservefonds käme wie seither das vorhandene Vermögen von M. 477 000 in Betracht, wovon allerdings zunächst sämtliche Verbindlichkeiten zu begleichen wären. Nach diesen zahlenmäßigen Aufmachungen, welche wie bereits betont, die letzte Jahresabrechnung zur Grundlage haben, dürfte die Existenz einer eigenen Zuschußkasse gesichert sein.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß auch mehrere Beitragsklassen eingeführt werden können; darüber will ich aber weitere Berechnungen nicht anstellen. Die Möglichkeit ist auch gegeben, um diese Kasse noch sicherer zu stellen, den Bezug des Krankengeldes überhaupt auf 26 Wochen zu beschränken; viel wird dabei ja freilich nicht gewonnen. Eine weitere Frage ist der Anschluß an eine bereits bestehende gut fundierte Zuschußkasse, den ja auch meine Wahlabteilung verlangt. Dieser Gedanke wäre ebenfalls nicht ganz zu verworfen. Die Tischlerkasse hat vier Beitragsklassen. In der dritten Klasse werden 50 $\frac{1}{2}$ Wochenbeitrag erhoben. Das Krankengeld beträgt pro Tag M. 2. Nach dreizehnmöglicher Mitgliedschaft wird 13 Wochen unterstützt innerhalb eines Jahres, nach einjähriger Mitgliedschaft innerhalb 24 Monaten 26 Wochen volles und 26 Wochen halbes Krankengeld gezahlt. Das Sterbegeld beträgt M. 90. Besser steht die Metallarbeiterkasse. Bei 50 $\frac{1}{2}$ Wochenbeitrag in der ersten (höchsten) Klasse beträgt das Krankengeld M. 2,30 pro Tag, ausschließlich der Sonntage. Innerhalb der einjährigen

Mitgliedschaft ist die Bezugszeit auf 18 Wochen beschränkt. Nach einjähriger Mitgliedschaft wird 26 Wochen volles und 26 Wochen halbes Krankengeld bezahlt. Sterbegeld M. 48 bis M. 111, je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Die Krankenkasse der Maurer usw. hat auf ihrer vorjährigen Tagung die Umwandlung in eine Zuschußkasse einstimmig beschlossen. Die grundlegenden Bestimmungen des Satzungsentwurfs sehen folgendes vor: Es werden vier Klassen eingerichtet mit Beiträgen von 60, 50, 40 und 30 $\frac{1}{2}$ pro Woche. An Krankengeld soll gewährt werden: M. 2,50, M. 2,08, M. 1,66 und M. 1,25 täglich. Die Bezugsdauer ist noch nicht endgültig festgesetzt, wie überhaupt eine neue Generalversammlung nach Befamtagung der gesetzlichen Bestimmungen über die Pflichten und Rechte der Mitglieder endgültig entscheidet.

Ueber die Umwandlung unserer Kasse in eine Zuschußkasse, respektive die Notwendigkeit dazu, wäre noch manches zu sagen; es ist indes nicht meine Absicht, und es dürfte auch nicht angängig sein, darüber in „Zimmerer“ eine Diskussion hervorzurufen. Mein Vorschlag soll, wie schon gesagt, die Diskussion in den Versammlungen anregen. Mir war es lediglich darum zu tun, mit einem praktischen Vorschlage an die Mitglieder heranzutreten, damit die Zeit, die uns noch bis zur Generalversammlung zur Verfügung steht, zu einer gründlichen Aussprache über diese wichtige Frage ausgenutzt wird und wir Delegierten die Meinungen der Mitglieder kennen lernen, um auf der Generalversammlung praktische Arbeit leisten zu können.

Hamburg, Ende Juni 1912.

Joh. Füllenschmid.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 22. Juli:

Harmen-Eibersfeld: Abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlastr. 5.

Dienstag, den 23. Juli:

Emden: Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Hotel „Bellevue“. — **Halberstadt:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Vollmann, Patenstr. 68. — **Mühlheim a. Rh.:** Abends 9 Uhr bei Michael Meyer, Deutzer Straße 68.

Mittwoch, den 24. Juli:

Mühlheim a. d. Ruhr: Bei Gollenberg, Dickswall 10.

Donnerstag, den 25. Juli:

Bernau: Abends 8 Uhr. — **Schneidemühl:** Im Cafe „Westend“, Berliner Straße.

Freitag, den 26. Juli:

Banzen: Eine halbe Stunde nach Feierabend in Blütners Restaurant, An der Petritirche. — **Coburg:** Nach Feierabend im Lokal „Neue Welt“, Leopoldstraße. — **Jena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 27. Juli:

Afen: Abends 8 Uhr in der Herberge „Zur Heimath“. — **Bergedorf:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokale „St. Petersburg“, Am Schiffwasser. — **Brandenburg:** Im Volkshaus. — **Burg b. M.:** Im Lokal von Jesse, Holzstr. 2. — **Castrop:** Abends 8 Uhr bei Fris Schlichter, Kriegerdenkmalstr. 26. — **Dortmund, Bezirk Huna:** Abends 8 Uhr bei Göb, Flügelfraße. — **Bez. Schwerte:** Abends 8 Uhr in der „Reichskrone“. — **Enten:** Abends 8 Uhr bei W. Knickrehm, Am Markt. — **Gadersleben:** Abends 8 Uhr in der Zentralherberge, Gostlerstr. 781. — **Leer i. Ostf.:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Bernhard Fischer, Wördestraße. — **Lüdenscheid:** In der „Zentralhalle“, Grabenstr. 16. — **Mühlhausen i. Th.:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Burgkeller“. — **Mühlhausen i. Gh.:** Abends 8 Uhr bei Weingorn, Dornacher Straße 6. — **Nauen:** Im „Volksgarten“. — **Nienburg a. d. Weser:** Im Verkehrslokale von Hülmann. — **Nathenow:** Abends 8 Uhr bei Aug. Sädike, Milower Straße 76. — **Nostock:** Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Wefter, Beguinenberg 10. — **Nudolstadt:** Nach Feierabend im „Gambrianus“. — **Schönebeck:** Im „Bürgerhaus“, Breiter Weg 57. — **Wanne:** Bei Homburg, Schulstr. 24. **Wessellburen:** In der „Zentralhalle“. — **Wolgast:** Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 28. Juli:

Arnswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — **Belzig:** Nachm. 3 Uhr bei Thiele, Sandberg. — **Berzen b. Celle, Bezirk Hermannsburg:** Nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Nolle. — **Bielefeld:** Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz. — **Bochum:** Vorm. 10 Uhr bei Krenzel, Moliteplatz. — **Burg a. Fehmarn:** Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Höppler. — **Calbe a. d. S.:** Nachm. 3 Uhr im Lokal von Hellbig, Grabenstraße. — **Cöln:** Vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr im Volkshaus, Severinstr. 197/199. — **Detmold:** Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Paulinen- und Freiligrathstraße. — **Dortmund, Bezirk Lütgendortmund:** Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kranefeld. — **Bezirk Pöthen:** Vorm. 10 Uhr im „Goldenen Löwen“. — **Duisburg-Ruhrort:** Nachm. 3 Uhr bei Kempfen, Oberdammstr. 13. — **Freibland i. Westf.:** Nachm. 4 Uhr beim Gastwirt Fein Varden, Anflamer Straße 8. — **Fürstentumwalde:** Nachm. 4 Uhr bei Paul Niedel, Windmühlenstr. 7. — **Hamm i. Westf.:** Bei Siegmund Braun, Königstr. 34. — **Hohenalza:** Nachm. 2 Uhr bei Wenzel, Viehmarkt 1. — **Königsflutter:** Nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lokal „Zum Hoffäger“. — **Langelshausen a. S.:** — **Lauenburg a. d. Elbe:** Nachm. 4 Uhr bei Paul Baap, Elbstraße. — **Memel:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3 d. — **Neuruppin:** Nachm. 3 Uhr bei Karl Schäler, Karstr. 27. — **Oberhausen:** Vorm. 10 Uhr im Lokale „Zur deutschen Bierhalle“, Ecke Grenz- und Friedenstraße. — **Samter:** Nachm. 2 Uhr bei Sundmann. — **Segeberg:** Nachm. 4 Uhr im Hotel „International“. — **Treptow a. d. Toll.:** Nachm. 4 Uhr im „Kaisergarten“. — **Weilheim:** Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zur weißen Aste“. — **Witzenhausen:** Beim Gastwirt Johannes Brubach in Hundelshausen.

Anzeigen.

Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebracht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung an den Redaktionsstand einzuliefern. Die Beträge sind nicht durch Postanweisung, sondern durch das Postfachamt Hamburg 11 zu überweisen unter folgender Adresse: „Der Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Hamburg, bei dem Postfachamt in Hamburg 11.“ Zahlarten sind bei jeder Postanweisung unentgeltlich zu beziehen.)

Nachruf.

Am 13. Juli starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Kamerad

Adolf Gabriel

im Alter von 24 Jahren. [M. 3,60]

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kameraden der Zahlstelle Velten.

Nachruf.

Am 13. Juli verschied nach kurzem Krankenlager unser Kamerad

Emil Mann

im Alter von 37 Jahren. [M. 3,60]

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kameraden der Zahlstelle Olbernhau i. S.

Achtung, Andernach.

Laut Beschluß haben sich alle zureisenden Kameraden, bevor sie umschauen, beim

Kameraden Gabel, Koblenzer Straße 25,

zu melden. [70 $\frac{1}{2}$]

Zahlstelle Bad Bramstedt.

Jedes zureisende Mitglied hat sich laut Versammlungsbeschl. bevor es umschauen geht, beim

Kassierer Fritz Niels

zu melden. [70 $\frac{1}{2}$]

Achtung!

Zahlstelle Braunschweig.

Laut Beschluß haben sich alle zureisenden Kameraden, bevor sie umschauen, beim Vorsitzenden

Otto Decker, Nidelstuf 43, part.,

zu melden. Sie erhalten dort einen Meldebettel; ohne diesen kann hier niemand in Arbeit treten. [M. 1]

Zahlstelle Grimmen i. Pomm.

Allen zureisenden Kameraden zur Kenntnis, daß sie sich, bevor sie umschauen, zu melden haben beim Kassierer **Robert Rickett, Grimmen i. Pomm.,** Promenade 811. [50 $\frac{1}{2}$]

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

Hamburg-Barmbeck 1 u. 2.

Montag, 22. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Mitgliederversammlung

bei **H. Rohweder, Römhaidstr. 67.** [M. 1]

Tagessordnung: 1. Abrechnung. 2. Krankentassenverband. 3. Wahlen. 4. Verschiedenes. Die Verwaltung.

Zahlstelle Freiberg i. S.

Sonntag, den 10. August, findet in der „Union“ in Freiberg unser

Vierzehntes Stiftungsfest

statt. Beginn 7 Uhr, Ende 2 Uhr. Umstände halber kann das Fest nicht, wie geplant, am 20. Juli, sondern erst am 10. August stattfinden. [M. 3,30] Der Vergnügungsausschuß.

Aufforderung zur Erbschaft!

Osk. Kreis, Zimmerer, geb. 19. Februar 1888 zu funktionäre oder Mitglieder, die seinen Aufenthalt kennen, werden dringend gebeten, hiervon dem unterzeichneten Pfleger Mitteilung zu machen. **Karl Pape, Hannover,** Im Moore 3.

Zimmererleute

stellt ein **W. Hoppe,** Güssen, Regb. Magdeburg. [M. 2,40]

Zimmerer

werden sofort eingestellt zum Tribünenbau auf **Truppenübungsplatz Zeithain,** zu melden beim Polier daselbst.

Verkehrslokale, Berbergen usw.

(Zahresinhalte unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten A. S. jede weitere Zeile A. 2 mehr. Freieigenplätze werden nicht bezahlt. Neuauflagen erfolgen nach Einlieferung des Betrages.)

Berlin. Arbeitssachweiss und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg. SO, Engelauer 15, 3. St., Zimmer 60. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2788. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

— **O. Paul Zech, Krautstr. 26.** Amt Königsplatz, Nr. 6716. Bezirk 4. Kassiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentralkrankenkasse.

— **N. Otto Tügel, Stolpische Straße 44.** Amt Norden, Nr. 8857. Bezirkslokal des Bezirks 16. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralkrankenkasse.

— **N. Karl Raasch, Weissenburger Straße 55.** Amt Norden, Nr. 8588. Verkehrslokal des Bezirks 16. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralkrankenkasse.

— **N. Joh. Hilian, Bergstr. 62.** Amt Norden, Nr. 1458. Verkehrslokal des Bezirks 11. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralkrankenkasse.

— **SO. Conrad Feger, Wiener Straße 55.** Amt Moritzplatz, Nr. 10908. Verkehrslokal des Bezirks 6. Arbeitsvermittlung sowie jeden zweiten Montag im Monat Zahlabende der Zentralkrankenkasse.

— **SO. Wilhelm Grabert, Kaufm. Platz 8.** Amt IV, Nr. 1903. Bezirk 6. Kassiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentralkrankenkasse.

— **SW. Reinhold Böhmchen, Kreuzbergstr. 12.** Amt V, Nr. 4281. Zahlstelle des Bezirks 8. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr: Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentralkrankenkasse.

Breslau. Bureau der Zahlstelle und Arbeitssachweiss: Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, part. Geöffn. vorm. von 10 bis 12 Uhr u. nachm. von 3 bis 4 Uhr. Arbeitslose und Zugereiste haben sich dort zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitssachweiss befinden sich im Volkshaus „Kollonien“, Jwiczauer Straße 163, 1. St., Zimmer 15. Herberge des Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Jahnstr. 41.

Cöln a. Rh. Versammlungslokal und Herberge: Volkshaus, Severinstr. 198/199. Verkehrslokal: Getrich Hompeich, Kämmergasse 18. Meldungen, ganz gleich welcher Art, sind beim Vorsitzenden, Berlengraben 93, 2. St., zu erstatten. Zureisende haben sich zwecks Vermittlung von Arbeitsangelegenheit, bevor sie umschauen, ebenfalls beim Vorsitzenden zu melden.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitssachweiss und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße 22. Zureisende Mitglieder sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich daselbst zu melden.

Dresden. Verbandsbureau, Arbeitssachweiss und Herberge befinden sich im Volkshaus, Ritzbergstr. 2, 2. St., 3. 27 und Maxstr. 13 (Nähe Wettiner Bahnhof); Telefon Nr. 10426.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Besenbindehof 57/66, 2. St. Telefon: Gruppe 6, 4436. Geöffnet vorm. 11—1 Uhr, nachm. 5—7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend befanntgegebenen Bureau zu melden. Meisterverzeichnis werden dort unentgeltlich verabfolgt.

Hamburg-Altona. Bez. 15. Verkehrslokal und Herberge bei Fr. Brodmann, Lehmhühnerstr. 36. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat Zahlabende.

— **Bez. 16.** Verkehrslokal bei O. Gertens, Al. Bergstr. 18. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Hamburg-Mitte. Verkehrslokal bei Ch. Erhorn, Woblenhoffstr. 29/30. Am ersten Mittwoch jedes Monats, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags werden Beiträge entgegengenommen.

Hamburg-Spandauer. Ernst Gennig, Götzenstr. 58. Verkehrslokal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentralkrankenkasse am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Hamburg-Neustadt. Bezirks- und Verkehrslokal bei Fr. Kröger, Großneumarkt 36, Keller. Telefon: Gr. I, 8809, Nr. 1. Beiträge werden Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags entgegengenommen. Zusammenkünfte werden durch Kaufstetel beauftragt.

Hamburg-St. Georg. Bezirkslokal der Zimmerer bei Fr. Prinz, Ecke Bayer- und Vorgehstraße. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr Zahltag. Jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, Zusammenkunft.

Hamburg-St. Pauli. Verkehrslokal bei D. Schmidt, Bartelsstr. 63. Telefon: Gr. 1, 9056, unter Blum. Jeden Sonnabend Zahlabende. Zusammenkunft jeden zweiten Sonnabend im Monat.

Hamburg-Steinstraße. Albert Semde, Verkehrslokal, Wollschänkestr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabende. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabende der Zentralkrankenkasse. Telefon: Gr. 6, 2782.

Hamburg-Neuenkamp. D. Niemeyer, Dehngarbe 128. Vermittlung von Zimmererwerkzeug.

— **Verkehrslokal bei S. Rohweder, Römhaidstr. 67.** Teleph.: Gr. 6, 3076. Am zweiten Sonntag eines jeden Monats Zusammenkunft. Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr Beitragsentgegennahme.

Hamburg-Samm. Horn, Vorgehstraße. Verkehrslokal bei Peter Dose, Mittelstr. 95. Telefon: Gr. 4, 747. Am zweiten Dienstag eines jeden Monats Zusammenkunft.

Hamburg-Uhlenhorst. Leop. Gaebrich, Mozartstr. 17. Verkehrslokal der Zimmerer. Jeden zweiten Dienstag im Monat Zusammenkunft.

Hamburg-Ohlenhof. Paul Diers, Wartenstr. 5. Telefon: Gr. 5, 1430, Nr. 1. Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden dritten Mittwoch im Monat Zusammenkunft.

Hamburg-Ottensen. Bezirk 17. Verkehrslokal bei S. Feldorn, Bahnenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Hamburg-Redden. Bezirk 5. Verkehrslokal bei Wolf Winter, Webeler Moritzplatz 4. Telefon: Gr. 4, 5486. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Göthe, Hohenbergstr.

Hamburg-Neuenkamp. Verkehrslokal bei Friedrich Göthe, Ecke Wöhrendamm und Lindleystraße. Telefon: Gr. 4, 2190.

Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 25 und 26. Verkehrslokal und Herberge bei Viedemann, Vogelbittendiech 22. Telefon: Gr. 4, 3476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft.

Hamburg-Winterhude. Bezirk 11. Verkehrslokal bei S. Schulz, Winterhuder Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 6919. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Hannover. Bureau und Arbeitssachweiss im Gewerkschaftshaus, Nollastr. 7, 2. St., Zimmer 28. Telefon 3170. Geöffnet von 10 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Herberge Eingang Dönsstr. 15/16. Jeden ersten und dritten Sonntag im Bureau der Zahlstelle der Zentralkrankenkasse der Zimmerer.

Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. St. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat.

Königsberg i. Pr. Bureau, Zahlstelle: Lammstr. 28, 2. St. Telefon 2827. Sprechstunden von 9 bis 11 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Monat Lammstr. 28.

Leipzig. Robert Beger, Süßstr. 49. Verkauf und Vermittlung von Zimmererwerkzeug.

Lübeck. Die Versammlungen der Zahlstelle finden Donnerstags nach dem 1. und 16. eines jeden Monats im Gewerkschaftshaus, Johannesstraße 50/52, statt. Zimmerherberge bei Johs. Mohr, Hundstr. 101.

Magdeburg. Geschäftsstelle Fackelbergstr. 9. Telefon 2406. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Reiseunterstützung von 5 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Verkehrslokal und Herberge: „Zur neuen Welt“, Fackelbergstr. 9.

München. Bureau der Zahlstelle: Kapuzinerstr. 7/9, 1. St. Telefon 8690. Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr und von 5 bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Reiseunterstützung von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Verkehrslokal und Arbeitssachweiss: Kapuzinerstr. 7/9. Zentralherberge: Pfaffenbachstr. 42.

Münster. Bureau der Zahlstelle: Brette Gasse 25/27, 2. St., Nib., Zimmer 15. Daselbst Auszahlung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Versammlung jeden ersten Dienstag im Monat in der „Goldenen Aste“, Webers Platz 6. Zentralherberge: Gewerkschaftshaus, „Historischer Hof“, Neue Gasse 13. Arbeit suchende Kameraden werden ersucht, den Arbeitssachweiss, Fabrikstr. 3, zu melden und sich im Zahlstellenbureau zu melden.

Wilmshausen u. Umg. Bureau: Sant, Mühlfringer Straße 23, part. Geöffnet: Wochentags von 7 bis 8 Uhr abends. Zugereiste haben sich vor dem Umschauen nach Arbeit im Bureau zu melden.